

INFORMATIONEN

aus der amtlichen Statistik

**Nr. 4/ 2006
Oktober – Dezember 2006
(1039999-06004)**

Statistisches Bundesamt

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.
Nachdruck oder Berichterstattung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhalt	Seite
Walter Radermacher ist neuer Präsident des Statistischen Bundesamtes	4
Zum Jahreswechsel 2006/ 2007	4
Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	8
Sonder-Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	10
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft	11
60. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm	12
CEIES-Seminar „Messen wir die Produktivität richtig?“	14
16. CEIES-Vollversammlung	14
Kundenmanagement des Statistischen Bundesamtes im BMI vorgestellt	15
Selbst- und Fremdbewertung nach dem EFQM-Modell für Excellence	15
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	16
Neu: RSS-Newsfeeds auf www.destatis.de	16
Neue DVD „Statistik lokal 2006“ bietet Daten für mehr als 12 000 Gemeinden	16
Glossar Statistischer Fachbegriffe	17
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung	17
15. Wissenschaftliches Kolloquium: „Ausbildung für die Praxis? Statistikstudium in den Wirtschaftswissenschaften“	17
Statistisches Bundesamt verleiht Gerhard-Fürst-Preis 2006	18
„Neue Daten zu Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005“	19
Besuch einer russischen Delegation beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden	20
Gesamtrechnungen, Umweltökonomische Gesamtrechnungen	20
Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	20
Eurostat-Delegation zum Informationsbesuch im EDS	21
Tagung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder	21
Energieverbrauch der privaten Haushalte trotz Effizienzverbesserungen gestiegen	21
Industrie, Binnenhandel	22
Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“	22
Fachausschuss „Handelsstatistik“	22
Preise	24
Internationale Konferenz zur Dienstleistungsstatistik in Wiesbaden – 21. Treffen der Voorburg-Gruppe	24
Bevölkerung, Bildung, Staat	24
11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung	24
Fachtagung „Amtliche Hochschulstatistik und Hochschulrankings“ und Fachausschuss „Hochschulstatistik“	26
Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung vorgestellt	27
Auslandsberichterstattung	27
Neue Länderprofile erschienen	27
Gesundheit	28
Workshop „Datengrundlagen für die Gesundheitsforschung in Deutschland“	28
Personalnachrichten	29
Anhang	
Tagungskalender	
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: 23. Dezember 2006	

Walter Radermacher ist neuer Präsident des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt hat einen neuen Präsidenten: Mit Wirkung vom 22. Dezember 2006 ist Walter Radermacher vom Bundespräsidenten zum neuen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes ernannt worden. Er folgt dem ehemaligen Präsidenten Johann Hahlen, der Anfang Oktober 2006 als Staatssekretär in das Bundesministerium des Innern gewechselt ist. Als neuer Präsident hat Walter Radermacher am 1. Januar 2007 für die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft den Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe Statistik übernommen.



Präsident Radermacher arbeitet seit 29 Jahren im Statistischen Bundesamt. Nach Abschluss seines Studiums der Betriebswirtschaftslehre in Aachen und Münster trat er 1978 in das Statistische Bundesamt ein. Seine ersten Erfahrungen sammelte Radermacher in den Handelsstatistiken und vor allem bei der Planung und Durchführung der Handels- und Gaststättenzählung 1985, der ersten Großzählung in Deutschland nach dem Volkszählungsurteil von 1983. Anschließend war er mit der Implementierung moderner Geo-Informationssysteme in der amtlichen Statistik befasst. In den 1990er Jahren baute er die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) im Statistischen Bundesamt auf und verschaffte der deutschen UGR internationale Anerkennung.

Seit 1998 engagierte er sich – zunächst verantwortlich für den Bereich Organisation und von 2001 bis Mitte 2003 als Leiter der Verwaltung im Statistischen Bundesamt – für Verwaltungsmodernisierung, zum Beispiel durch Einführung eines modernen Qualitätsmanagementsystems, eines Personalentwicklungssystems und des Controllings. Ende 2003 wurde Walter Radermacher zum Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes ernannt.

Das Statistische Bundesamt ist eingebunden in die föderale Statistik Deutschlands und in das Europäische Statistiksistem. Bei beiden geht es darum, die Statistik effizienter und belastungsärmer zu organisieren und gleichzeitig neue Antworten für den Da-

tenbedarf aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu finden.

„Dies zu erreichen, wird eine zentrale Aufgabe für mich sein“, so der 54-Jährige. Als größte Herausforderung sieht er die Reform der Unternehmensstatistiken und die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der europäischen Zensus-Runde 2010/2011 an.

Für Radermacher ist es Kernaufgabe der amtlichen Statistik, relevante Informationen für die nächsten Etappen der politischen Reformdiskussion bereitzustellen: „Wer wirklich mitreden und sachgerecht entscheiden will, muss die Fakten kennen. Ob Bevölkerungsentwicklung, Umwelt und öffentliche Finanzen, Sozialleistungen, Bildung, Erwerbstätigkeit, Konjunktur und Wirtschaftsstruktur – die amtliche Statistik wird diesen Fundus an Wissen für die Nutzer noch besser aufbereiten und zugänglich machen“.

Zum Jahreswechsel 2006/ 2007

Ein ereignisreiches Jahr 2006 geht zu Ende. Wie üblich möchte ich Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Arbeiten der amtlichen Statistik in den zurückliegenden zwölf Monaten geben.

Im Herbst 2005 haben sich die Regierungsfractionen in ihrer Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode darauf verständigt, den Bürokratieabbau systematisch voranzutreiben und besonders den Mittelstand von wachstumshemmender Überregulierung zu befreien. Unter den vordringlichen Maßnahmen nennt die Koalitionsvereinbarung auch den Abbau von Statistikpflichten. Die Bundesstatistik und das Statistische Bundesamt sind in die politische Diskussion zum Bürokratieabbau in vielerlei Hinsicht einbezogen:

So hat die Bundesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 25. April 2006 das „Programm Bürokratieabbau und bessere Rechsetzung“ beschlossen und entschieden, das in mehreren europäischen Ländern bereits etablierte Standardkosten-Modell (SKM) zur Messung der Bürokratielasten in Deutschland einzuführen. Das Statistische Bundesamt nimmt dabei zentrale Funktionen bei der Einführung und bei der Durchführung des SKM wahr. Das Amt hat mit der Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzler-

amt maßgeblich das Handbuch zur Ermittlung der durch bundesstaatliche Informationspflichten verursachten Bürokratielasten erstellt. Dieses Handbuch legt eine einheitliche Methodik für die Anwendung des SKM in der Bundesverwaltung fest. Es wurde vom Staatssekretärsausschuss Bürokratieabbau verabschiedet und am 17. August 2006 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel der Messung ist nicht nur die nachprüfbar Senkung der Bürokratiekosten durch Abschaffung und Vereinfachung von Informationspflichten. In Zukunft sollen bei allen geplanten Pflichten die Kosten der Betroffenen abgeschätzt und ausgewiesen werden. Ein unabhängiger Normenkontrollrat prüft die Rechtsetzungsvorhaben auf ihre Effizienz in der Informationsgewinnung. Um die SKM-Messungen zielgerichtet und effizient gestalten zu können, hat das Statistische Bundesamt in den letzten Monaten eine entsprechende Erhebungsinfrastruktur aufgebaut. Mit den Zeitaufwandsmessungen wird planmäßig im Januar 2007 begonnen.

Am 26. Juli 2006 hat das DIW in Berlin die Ergebnisse seiner Untersuchung „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ der Öffentlichkeit vorgestellt, die es im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erstellt hat. Basierend auf Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hat das DIW die Belastung der Unternehmen durch die amtliche Statistik im Jahr 2004 bei rund 75 000 Unternehmen repräsentativ ermittelt. Mit den Ergebnissen der Belastungsstudie konnte empirisch nachgewiesen werden, dass in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung die amtliche Statistik nicht der große Belastungsfaktor ist, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird.

Das erste Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse (sog. Mittelstandsentlastungsgesetz) vom 22. August 2006 ist in Kraft getreten. Es enthält eine Reihe sofort oder ab dem 1. Januar 2007 in Kraft tretender Statistikregelungen. Unter anderem werden Unternehmen mit weniger als 50 tätigen Personen, das heißt rund 25 000 Unternehmen und damit die Hälfte der bisher Berichtspflichtigen, von der monatlichen Berichtspflicht zum Monatsbericht und zur Produktionserhebung im Produzierenden Gewerbe befreit. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass in Kürze ein 2. Mittelstandsentlastungsgesetz folgen wird,

das einige Vorschriften enthält, die sich unmittelbar auf die amtliche Statistik auswirken.

Seit Ende 2005 werden in zunehmendem Umfang Unternehmen dadurch entlastet, dass sie ihre statistischen Daten über ein Software-Modul automatisch aus dem betrieblichen Rechnungswesen ermitteln und online an eine gemeinsame Datenannahmestelle der statistischen Ämter (eSTATISTIK.core) übermitteln können. Der Einsatz von eSTATISTIK.core wird kontinuierlich weiter vorangetrieben. Online-Meldungen gehören seit Jahren zum Instrumentarium der amtlichen Statistik. Die flächendeckende Einführung der neuen leistungsfähigen verbundeinheitlichen Software (IDEV) ist Teil des „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die darin enthaltene Planung zur Einführung von Online-Erhebungen für 50 dezentrale und 20 zentrale Statistiken wurde termingerecht umgesetzt.

Der „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ etabliert zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder eine neue Arbeitsteilung nach dem Prinzip „Einer oder einige für alle“. Damit der Aufwand weiter reduziert wird und die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführten Statistiken noch effektiver gestaltet werden, wurde im April 2006 die Rahmenvereinbarung über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik verabschiedet. Auf der Grundlage der geltenden Gesetze des Bundes und der Länder sowie der Rahmenvereinbarung streben die statistischen Ämter mit der Zentralisierung von IT-Produktion und Datenhaltung eine weitere Rationalisierung bei der Durchführung von Statistiken an und schaffen so eine zusätzliche Voraussetzung für die Modernisierung des statistischen Produktionsprozesses. Die dazu erforderliche Verwaltungsvereinbarung zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder wird zurzeit abgestimmt.

Bereits seit Anfang des Jahres bietet das Statistische Bundesamt mit den Qualitätsberichten ein neues kostenfreies Informationsangebot an. Die Qualitätsberichte, die bereits nahezu vollständig für alle Bundesstatistiken vorliegen, enthalten Informationen über die Qualität der statistischen Ergebnisse

sowie Angaben zu den verwendeten Methoden und Definitionen.

Der Statistische Beirat hat in seiner 53. Tagung am 21. Juni 2006 seine Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der 16. Wahlperiode bekräftigt. Im Herbst 2006 hat der Beirat weitere Empfehlungen unter dem Titel „Informiert sein, Statistik nutzen“ verabschiedet. Darin wirbt der Statistische Beirat für eine sachliche Diskussion beim Bürokratieabbau und für mehr Freiraum bei der Gestaltung eines zukunftsorientierten, innovativen, aktuellen und effizienten statistischen Systems in Deutschland.

Im Juni 2006 konnte erstmals eine zusammenfassende empirische Bestandsaufnahme vorgelegt werden, die das deutsche Bildungswesen als Ganzes beschreibt. Der Bericht „Bildung in Deutschland“ gibt anhand von Indikatoren einen Gesamtüberblick über Stand und Entwicklung des deutschen Bildungswesens. Er setzt einen besonderen Akzent auf das Thema „Migration“ und untersucht die Bedeutung der Zuwanderung für das Bildungswesen. Die berechneten Indikatoren basieren weitgehend auf Daten der amtlichen Statistik. Erarbeitet wurde der Bericht im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von einem unabhängigen, interdisziplinär zusammengesetzten Konsortium, dem auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören.

Bereits zum dritten Mal seit 2000 wurde der Kulturf finanzbericht 2006 veröffentlicht, der in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, dem Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Deutschen Städtetag entstand und von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder veröffentlicht wurde.

Die im Zeitraum von 2002 bis 2005 als europäische Pilotstudie durchgeführte Erhebung über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten wurde im Jahr 2006 erstmals als reguläre Erhebung durchgeführt. Fünf Jahre lang werden in Deutschland jährlich 12 000 private Haushalte zu ihrer Nutzung von IKT befragt. Ziel der IKT-Erhebung ist es, ein umfassendes Bild über die Nutzung und Verbreitung von Computern und Internet in Deutschland zu erstellen; IKT-

Erhebung bei privaten Haushalten ermöglicht zudem den europäischen Vergleich.

Mit Kabinettsbeschluss vom 29. August 2006 hat die Bundesregierung die Grundsatzentscheidung getroffen, dass sich Deutschland an der kommenden EU-weiten Zensusrunde 2010/2011 mit einem registergestützten Verfahren beteiligen wird. Damit hat für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die nächste Vorbereitungsphase für einen registergestützten Zensus begonnen, der in den kommenden Jahren ein zentrales Projekt der amtlichen Statistik sein wird. Das Zensusvorbereitungsgesetz soll von der Bundesregierung im nächsten Jahr verabschiedet werden.

Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes wird im Internet mit neuer Oberfläche und damit barrierefrei zur Verfügung gestellt. Damit soll möglichst vielen Menschen der Online-Zugriff ermöglicht werden, zum Beispiel auch sehbehinderten und motorisch eingeschränkten Personen. Das Informationssystem bietet seinen Nutzern schon seit vielen Jahren einen umfassenden Überblick über das Gesundheitswesen in Deutschland. Mit Zahlen und Hintergrundinformationen aus mehr als 100 gesundheitsbezogenen statistischen Quellen hat es sich inzwischen als unverzichtbare Informationsquelle etabliert.

Großes Interesse in der Öffentlichkeit fand der im Sommer 2006 unter anderem mit Blick auf die im Januar 2007 anstehende Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland veröffentlichte „Preismonitor“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes. Verbraucher können sich damit anhand von Grafiken über die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen informieren, die von deutschen Haushalten häufig gekauft werden. Die Auswahl der Güterarten hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. vorgenommen.

Mit der 11. Bevölkerungsvorausberechnung hat das Statistische Bundesamt im November 2006 Berechnungen vorgestellt, die vom Juni 2003 bis zum Jahr 2050 reichen und Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und der Wanderung berücksichtigen.

Zum zweiten Mal hat die Bundesregierung am 15. November 2006 einen umfassenden Bericht über die Sicherheitslage in Deutschland („Periodischer Sicherheitsbericht“) herausgegeben, in den auch Erkenntnisse aus den vorhandenen amtlichen Datensammlungen, insbesondere der Polizeilichen Kriminalstatistik und den Strafrechtspflegestatistiken eingeflossen sind.

Mit der neuen Haushaltsbefragung „Leben in Europa“ wird die deutsche amtliche Statistik ab dem Jahr 2006 jährlich Informationen über Armut und Lebensbedingungen in Deutschland bereitstellen können. Vor dem Hintergrund des Zusammenwachsens innerhalb der Europäischen Union wird es immer wichtiger, wirtschaftliche und soziale Tatbestände auch international vergleichbar messen und bewerten zu können. Mit „Leben in Europa“ gibt es jetzt erstmals eine EU-weite vergleichbare Datenquelle zur Berechnung von Indikatoren für die europäische Sozialberichterstattung. Die Ergebnisse der in Deutschland erstmalig im Jahr 2005 durchgeführten Erhebung wurden im Dezember 2006 vorgestellt.

Im Rahmen seiner monatlichen Arbeitsmarktberichterstattung veröffentlicht das Statistische Bundesamt seit Berichtsmonat Januar 2005 Arbeitsmarktzahlen nach dem ILO-Erwerbsstatuskonzept. Die darin enthaltenen Erwerbslosenzahlen werden durch eine Telefonbefragung zum ILO-Erwerbsstatus erhoben. Die rechtliche Grundlage für die Telefonerhebung bietet die Erwerbsstatistikverordnung, deren Laufzeit bis April 2007 verlängert wurde. Nach Auslaufen dieser Stichprobe sollen die monatlichen Erwerbslosenzahlen aus den Ergebnissen des kontinuierlichen Mikrozensus generiert werden.

Zur Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistik wird gegenwärtig die Online-Anbindung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder an das Datawarehouse der Bundesagentur für Arbeit (MOLAP) getestet. Die offizielle Nutzung der MOLAP-Datenbank könnte nach Abschluss der entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen zwischen der Bundesagentur und dem Statistischem Bundesamt sowie den Statistischen Landesämtern Anfang 2007 beginnen.

Der i-Punkt Berlin des Statistischen Bundesamtes brachte in diesem Jahr allen fünf Fraktionen des neugewählten Deutschen Bundestages die Arbeit der amtlichen Statistik näher.

Auch auf europäischer Ebene hat man begonnen, sich mit den Belastungen durch Statistiken sowie dem Kosten-Nutzen-Verhältnis von EU-weiten Statistiken zu befassen. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) hat am 8. November 2005 um Aufnahme von Kostenschätzungen in das neue Statistische Fünfjahresprogramm 2008 – 2012 und in das neue Jahresarbeitsprogramm gebeten.

Mit den neuen „Centres and Networks of Excellence“ (CENEX) ist ein geeignetes Modell der Arbeitsteilung „Einer (oder einige) für alle“ auch auf europäischer Ebene gefunden worden, das es erlaubt, Synergieeffekte zu erzielen. Hierbei wird ein nationales Statistisches Amt oder ein Konsortium aus mehreren Ämtern mit der Weiterentwicklung von Inhalt und Methodik einzelner Statistikbereiche oder unterstützenden Arbeiten beauftragt. Die Implementierung der CENEX läuft langsam an.

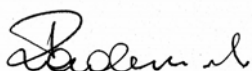
Im Oktober 2006 war das Statistische Bundesamt Gastgeber einer großen internationalen Konferenz, der 21. Tagung der „Voorburg-Gruppe“ zu Dienstleistungstatistiken. Rund 80 Experten aus über 30 Ländern und vier Kontinenten diskutierten über die weltweite methodische Entwicklung der Dienstleistungstatistik.

Bei der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems (ESS) nahm auch im Jahr 2006 der Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) eine wichtige Rolle ein. Der Verhaltenskodex soll auf europäischer Ebene die Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten und Eurostat stärken. Im Rahmen seiner Umsetzung haben die Statistikämter Selbsteinschätzungen durchgeführt, deren Ergebnisse in aggregierter Form für das ESS 2006 veröffentlicht werden sollen. Nach der ersten Selbsteinschätzung sollen ggf. zur Schließung von Anwendungslücken nationale Aktionspläne entwickelt werden und Peer Reviews (gegenseitige Beurteilungen) die Einhaltung des Kodex überprüfen. Deutschland hat den Kodex begrüßt und stellt sich den damit verbundenen Anforderungen. Die Peer Reviews haben in diesem Jahr begonnen (mit Estland und Italien) und werden für alle Mitgliedstaaten voraussichtlich Ende 2007 beendet sein. Deutschland wird voraussichtlich im 4. Quartal 2007 an der Reihe sein

Im ersten Halbjahr 2007 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernehmen. Das Statistische Bundesamt wird in dieser Zeit im Bereich „Statistik“ den Vorsitz haben und sich in der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ mit der Verabschiedung wichtiger statistischer Rechtsakte auf europäischer Ebene beschäftigen. Die Vorbereitungen sind bereits vor Wochen angelaufen.

Mit der Urkundenübergabe durch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble wurde unser bisheriger Präsident, Johann Hahlen, am 9. Oktober 2006 zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium ernannt. Staatssekretär Johann Hahlen hat den Aufgabenbereich von Staatssekretär Dr. Hans-Bernhard Beus übernommen, der zum 1. Oktober 2006 in das Bundeskanzleramt wechselte. Johann Hahlen war seit 1995 Präsident des Statistischen Bundesamtes. Zugleich organisierte er als Bundeswahlleiter die Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 und die Europawahlen 1999 und 2004.

Zum Jahreswechsel danke ich allen, die das Statistische Bundesamt bei seinen Arbeiten unterstützt haben. Mein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und den Kollegen aus den Ländern und den Mitgliedern des Statistischen Beirats. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich – auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolg im neuen Jahr.



Walter Radermacher
Präsident

Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Amtsleiterkonferenz informierte sich am 8. November 2006 über den Stand des Projektes „Reform der Unternehmensstatistik“ und stimmte dem überarbeiteten Gesamtkonzept für eine umfassende Reform der Unternehmensstatistik zu. Mit dem Gesamtkonzept soll erreicht werden, dass das Projekt in seiner inhaltlichen und zeitlichen Ausrichtung klar definiert und abgegrenzt wird, verschiedene Teilpro-

jekte des Masterplans, die für die Reform der Unternehmensstatistik relevant sind, als solche erkannt und sachgerecht mit der Reform der Unternehmensstatistik abgestimmt bzw. zusammengeführt werden. Darüber hinaus sollen andere Aspekte der Reform, für die es bisher noch keine Untersuchungsplattform gibt, in das Gesamtvorhaben einbezogen werden, damit auch für sie in entsprechenden Projekten Lösungen erarbeitet werden können.

Ein weiterer Beratungspunkt war die geplante zentrale IT-Produktion und Datenhaltung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Amtsleiterkonferenz sprach sich für eine zentrale IT-Produktion und Datenhaltung aus, die gemeinsamen Grundsätzen unterliegen muss. Ab 2007 soll die zentrale IT-Produktion und Datenhaltung auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung implementiert werden. In der Diskussion wurde deutlich, dass zur abschließenden Regelung dieses komplexen Themas ein weiteres Amtsleitertreffen notwendig ist. Die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verständigten sich deshalb auf eine Sonderamtsleiterkonferenz am 13./14. Dezember 2006 in Wiesbaden (siehe nachfolgenden Beitrag).

Ende Oktober 2006 hat die Projektgruppe „Verwaltungsdatenverwendung“ die endgültige Eignungsbeurteilung der unterjährigen Verwaltungsdaten für die Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich vorgelegt. Da die Verwaltungsdaten für die Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich nur eingeschränkt geeignet sind, wurde ein Mixmodell vorgeschlagen, bei dem die Verwaltungsdatenverwendung mit einer ergänzenden Primärerhebung bei großen Unternehmen kombiniert wird. Es wird damit dem Paradigma einer modernen Statistik gefolgt, wie es auch in anderen Bereichen (z. B. Zensus) angewandt wird: „Primärerhebungen werden nur eingesetzt, wenn Ergebnisse aus Verwaltungsdaten den statistischen Anforderungen nicht entsprechen und sich die Abweichungen auch nicht mit hinreichender Qualität durch Schätzungen auf Basis von zusätzlichen Informationen insbesondere aus dem Unternehmensregister beseitigen lassen.“ Ein Gesetzentwurf wird derzeit bereits auf Ebene der Ressorts vorbereitet, da das aktuelle Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz nur bis einschließlich des ersten Quartals 2007

eine Primärerhebung (Stichprobe) ermöglicht. Es zeichnet sich somit ab, dass ab dem zweiten Vierteljahr 2007 das vorgeschlagene Mixmodell in den Echtbetrieb gehen wird. Das Zeitfenster für die Umsetzung ist sehr klein und erfordert schnelle Entscheidungen. Die Amtsleiterkonferenz nahm die Eignungsbeurteilung der Projektgruppe „Verwaltungsdatenverwendung“ zur Kenntnis und stimmte dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen für die Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich zu. Einige Statistische Landesämter sprachen sich gegen eine Festlegung der Abschneidegrenze auf „mindestens 15 Mill. Euro oder mindestens 250 Beschäftigte“ für den Primärerhebungsteil im Mixmodell aus, wie von der Projektgruppe „Verwaltungsdatenverwendung“ vorgeschlagen. Sie befürworteten den in der Eignungsbeurteilung angeführten Alternativvorschlag, das Beschäftigungskriterium bei der Abschneidegrenze auf „mindestens 50 Beschäftigte“ abzusenken. Darüber hinaus soll die Datenqualität im Hinblick auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder geprüft werden.

Die Amtsleiterkonferenz informierte sich über den aktuellen Stand der Arbeiten bei der Vorbereitung des registergestützten Zensus 2010/2011. In der Sitzung der Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am 6. November 2006 zu diesem Thema bestand Konsens, dass der Zensus nach dem Modell der zentralen Datenhaltung organisiert werden soll. Das Statistische Bundesamt bietet an, die Daten aus den Registern in einen zentralen Datenpool zu übernehmen, wo sie dann von den statistischen Ämtern entsprechend ihrer jeweiligen fachlichen Zuständigkeit bearbeitet werden. Die Daten aus den primärstatistischen Teilen des Zensus (Gebäude- und Wohnungszählung sowie Stichprobenerhebungen) sollten in zentralen Datenpools im Bereich der Statistischen Ämter der Länder gehalten werden. Die Amtsleiterinnen und Amtsleiter einigten sich, die weitere Vorbereitung des Zensus auch in der Sonderamtsleiterkonferenz am 13./14. Dezember 2006 zu beraten, und baten den Lenkungsausschuss „Zensusvorbereitung“, bis zu diesem Termin ein abgestimmtes Konzept zur IT-Organisation des Zensus 2010/2011 vorzulegen (siehe nachfolgenden Beitrag).

Weiterhin befassten sich die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit der Mikrozensus-Schnellauswertung. Sie bekräftigten ihren Beschluss vom November 2005, mit dem sie die Arbeitsgruppe „ILO-Erwerbsstatus im Mikrozensus“ beauftragt hatten, ihre Arbeiten zur Verbesserung der Erfassung des ILO-Erwerbsstatus fortzusetzen. Im Zuge der Optimierung des Hochrechnungsverfahrens für die Mikrozensus-Schnellauswertung müssen insbesondere auch die Hochrechnungsverfahren für Quartals- und Jahresergebnisse überprüft werden, um per saldo das Erwerbsstatistiksystem insgesamt kohärenter zu gestalten und die Fortsetzung der monatlichen Arbeitsmarktberichterstattung in angemessener Qualität zu ermöglichen. Die kohärente Berichterstattung erfolgt ab dem Berichtsmonat Mai 2007. Das Statistische Bundesamt wird im April 2007 einen schriftlichen Bericht über den dann erreichten Stand der Arbeiten vorlegen. Die Amtsleiterkonferenz nahm den Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Einsatz telefonischer Interviews im Mikrozensus“ zur Kenntnis und bat die Mikrozensus-Referenten, einen Umsetzungsplan mit Kostenschätzungen bis zur Amtsleitertagung im Mai 2007 vorzulegen. Das Statistische Bundesamt wird der Amtsleiterkonferenz im Herbst 2008 über den Stand der Arbeiten berichten.

Bis einschließlich 2004 konnten die amtlichen Sozialhilfestatistiken umfassend Auskunft über Zahl und Struktur der Empfänger bzw. Bedarfsgemeinschaften, die staatliche Transferleistungen erhalten hatten, geben. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war dieser Informationsfluss für die amtliche Statistik vorübergehend unterbrochen. Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20. Juli 2006 (BGBl. I S. 1706) wurde u. a. die rechtliche Grundlage geschaffen, den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder die Daten zugänglich zu machen, um das gesamte sozialstaatliche Transfersystem im Zeitablauf und im Querschnitt darstellen zu können. Die Amtsleiterkonferenz begrüßte die bisherigen und unterstützt die weiteren Arbeiten im Expertenkreis „Statistik SGB II“ und den dazugehörigen Arbeitsgruppen „Pseudonymisierter statistischer Einzeldatensatz für Statistische Ämter von Bund, Ländern und Kommunen“ sowie „Bereitstellung von

spezifischen Datenwürfeln für statistische Ämter“. Sie sprach sich dafür aus, dass die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder von der Möglichkeit der Einzeldatenübermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit Gebrauch machen, und stimmte dem geplanten weiteren Vorgehen zu. Die Amtsleiterkonferenz bat die Arbeitsgruppe zur Sitzung 2007 um einen Bericht über den dann aktuellen Stand der Einzeldatenübermittlung und der Bereitstellung von Datenwürfeln. Eine Präsentation der Bundesagentur für Arbeit zur Bereitstellung von Datenwürfeln rundete diesen Tagesordnungspunkt ab.

Das Statistische Bundesamt informierte über den aktuellen Stand zur Einführung des Standardkosten-Modells auf Bundesebene. Am 25. April 2006 hat das Bundeskabinett das „Programm für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ beschlossen. Mit diesem Programm wird dem Abbau von Bürokratie auf nationaler Ebene hohe Bedeutung beigemessen; ebenso sollen neue Bürokratiekosten für Unternehmen, Bürger und Verwaltung vermieden werden. Es regelt die Implementierung eines nationalen Normenkontrollrats als unabhängiges Kontroll- und Beratungsgremium sowie die Einführung eines Verfahrens zur Identifizierung und Messung von mit Informationspflichten (Anträgen, Formularen, Statistiken usw.) einhergehenden Bürokratiekosten auf Grundlage des Standardkosten-Modells (SKM). Da das Statistische Bundesamt im Zusammenhang mit der Belastungsstudie schon SKM-taugliche Erfahrungen sammeln konnte und die eigentliche Anwendung des SKM – bei allen Besonderheiten im Detail – in erster Linie Datenerhebung, -aufbereitung und -auswertung ist, unterstützt das Statistische Bundesamt die für den Bürokratieabbau verantwortlichen Stellen der Bundesregierung – den Staatssekretärsausschuss und die Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt – bei der Durchführung der Messungen nach dem Standardkosten-Modell.

Weitere Themen waren der Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 16. Legislaturperiode sowie über den Stand zum Thema Bürokratieabbau, ein Bericht über den Stand der Einführung des Onlineverfahrens für die Beschäftigtenstatistik und ein Überblick über neuere statistische Entwicklungen auf

europäischer Ebene und statistikrelevante Rechtsakte.

Sonder-Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Wie in der Amtsleiterkonferenz am 8. November 2006 vereinbart, fand am 13./14. Dezember 2006 eine Sonder-Amtsleiterkonferenz statt, die sich insbesondere mit den Themen „Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung“ und „Vorbereitung des registergestützten Zensus 2010/2011“ befasste.

Auf der Grundlage der geltenden Gesetze des Bundes und der Länder sowie der Rahmenvereinbarung über die ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik streben die statistischen Ämter mit der Zentralisierung von IT-Produktion und Datenhaltung eine weitere Rationalisierung bei der Durchführung von Statistiken an und schaffen damit eine zusätzliche Voraussetzung für die Modernisierung des statistischen Produktionsprozesses. In diesem Zusammenhang verabschiedet die Sonder-Amtsleiterkonferenz als allgemeine Regelungsgrundlage die „Vereinbarung zwischen den statistischen Ämtern über die zentrale IT-Produktion und Datenhaltung“, die am 1. Januar 2007 in Kraft tritt. Darüber hinaus vereinbaren die Statistischen Ämter von Bund und Ländern im Kontext einer vertrauensvollen Zusammenarbeit einen effizienten Zugang zu den jeweiligen Mikrodaten auf Basis der „Grundsätze zur Nutzung von Mikrodaten“, die der Vereinbarung als Anlage beigelegt sind.

Die Sonder-Amtsleiterkonferenz beschließt das „Leistungsverrechnungsmodell im Rahmen der optimierten Kooperation der amtlichen Statistik“. Sie sieht die Notwendigkeit, Verfahrenregelungen zur Planung und Führung der Verbundkonten sowie zur Rechnungslegung festzulegen und vereinbart, weitergehende Regelungen zum Verrechnungskonzept in der nächsten Sitzung des Lenkungsausschusses „OPTIKO“ am 30. Januar 2007 zu diskutieren.

Anschließend legt die Sonder-Amtsleiterkonferenz erste angebotsfähige Statistiken für die Schnelleinführung im Sinne einer zentralen IT-Produktion fest und nimmt den vorgelegten Kriterienkatalog für die

Vergabeentscheidungen zur Kenntnis. Der Lenkungsausschuss „OPTIKO“ wird in seiner Sitzung am 30. Januar 2007 über die bis dahin vorgelegten Angebotsunterlagen entscheiden.

Bei dem Punkt „Vorbereitung des registergestützten Zensus 2010/2011“ ist die Sonder-Amtsleiterkonferenz mehrheitlich der Auffassung, dass unverzüglich über die Grobstruktur der IT-Organisation des Zensus 2010/2011 entschieden werden muss. Fragen der Kostenverteilung und Finanzierung, der rechtlichen Grundlagen sowie der inhaltlichen Differenzierung der Fachkonzepte werden zurückgestellt und in dieser Sitzung nicht behandelt. Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Sonder-Amtsleiterkonferenz verständigt sich darauf, dass eine kleine Arbeitsgruppe ein gemeinsames Strategiepapier der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur IT-Organisation des Zensus 2010/2011 erstellt.
2. Unter der Voraussetzung, dass das Zensusvorbereitungsgesetz inhaltlich so wie vom Bund vorgesehen verabschiedet wird und unter dem Vorbehalt, dass die Frage der Bereitstellung oder Finanzierung der benötigten personellen und sachlichen Ressourcen geklärt wird, legt die Sonder-Amtsleiterkonferenz die Verantwortlichkeiten für die Teilprojekte wie folgt fest:

Teilprojekt 1 „Adress- und Gebäuderegister“

Verantwortlich: Statistisches Bundesamt

Teilprojekt 2 „Metadaten“

Verantwortlich: Statistisches Bundesamt

Teilprojekt 3 „Melde- und Erwerbsdatenregister“

Verantwortlich: Statistisches Bundesamt

Teilprojekt 4 „Stichproben und Erhebung in Sondergebäuden“

Verantwortlich: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Teilprojekt 5 „Gebäude- und Wohnungszählung“

Verantwortlich: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Teilprojekt 6 „Haushaltgenerierung“

Verantwortlich: Bayerisches Landesamt für

Statistik und Datenverarbeitung

Teilprojekt 7

Verantwortlich:

„Auswertungsdatenbank“
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung

Bei der Erstellung der Fachkonzepte werden spezialisierte Teams unter Federführung des Statistischen Bundesamtes und des genannten Landesamtes eng zusammenarbeiten. Software-Erstellung sowie zentraler IT-Betrieb (Serveramt) und zentrale Datenhaltung fallen in die Zuständigkeit der für die Teilprojekte verantwortlichen Ämter. Auf die jeweils zentral gespeicherten Datenbestände haben die fachlich zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der statistischen Ämter gemäß der vorgenannten in der Sonder-Amtsleiterkonferenz verabschiedeten Grundsätze Zugriff.

3. Die Sonder-Amtsleiterkonferenz beschließt, die Dienstaufsichtsbehörden darauf hinzuweisen, dass es bei den Zensusvorbereitungsarbeiten zu erheblichen Terminverzögerungen kommen wird, wenn die Frage der Verteilung der Zensuskosten auf Bund und Länder nicht zügig geklärt werden kann.
4. Die Statistischen Ämter der Länder bitten das Statistische Bundesamt, mit dem Bundesministerium des Innern möglichst rasch zu klären, in welcher Weise mit den Kommunalen Spitzenverbänden die noch offenen Fragen der Beteiligung am Zensus behandelt werden sollen.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Die Bundesrepublik Deutschland wird am 1. Januar 2007 für ein Halbjahr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Die Aufgabe der jeweiligen Ratspräsidentschaft ist es:

- bei der Ausarbeitung von neuen Gesetzen Textentwürfe zu formulieren, mit denen alle Parteien (EU-Kommission, EU-Parlament, 25 EU-Mitgliedstaaten) möglichst gut leben können (das dann verabschiedete Gesetz hat dann Konsequenzen

für jeden EU-Bürger; siehe z. B. Einführung des EURO, Liberalisierung der Strommärkte)

- die jeweiligen Sitzungen des Rates zu organisieren und zu leiten,
- den EU-Rat gegenüber anderen Institutionen (Drittstaaten und internationale Organisationen) zu vertreten.

Das Präsidenschaftsteam des Statistischen Bundesamtes wird die Aufgabe haben, die Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ vorzubereiten, einzuberufen und durchzuführen mit dem Ziel, einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten zu erzielen und Kompromisstexte zu erarbeiten.

Seit 1. Januar 2007 berichtet die Internetseite www.destatis.de/eu2007 über die Aktivitäten und Prioritäten der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ während der deutschen Ratspräsidentschaft.

60. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm

Am 16. November 2006 fand die 60. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) statt. Dieses Treffen der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) findet dreimal im Jahr statt. Auf der Tagesordnung stehen wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen. Die Sitzungsleitung hatte der Generaldirektor von Eurostat, Hervé Carreé.

Zu Beginn der Sitzung hielt Joaquin Almunia, der für Wirtschaft und Währung (sowie Eurostat) zuständige EU-Kommissar, eine Grundsatzrede, die auf große Zustimmung stieß. Schwerpunkt seiner Ausführungen war das Thema Prioritätensetzung und Entbürokratisierung. Er betonte, dass insgesamt gesehen die Belastung der Befragten durch Statistik nicht gravierend sei, es gebe sie aber. Daher wolle er seinen Beitrag leisten und bitte die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten um Unterstützung, um eine gemeinsame Strategie festzulegen. Das Ergebnis könne vielleicht sein, dass sich die Belastung insgesamt nicht oder nur wenig reduzieren lasse. Den Prozess der Überprüfung müsse man aber gemeinsam gehen. Insgesamt zeigte sich Herr Almunia sehr zufrieden

mit der Qualität der Statistik. Verbesserungsbedarf gebe es u. a. noch in den Bereichen Harmonisierter Verbraucherpreisindex und Dienstleistungen. Im Bereich Intrastat werde Eurostat zwei Wege beschreiben

- a) eine inhaltliche Überprüfung und weitere Vereinfachung und
- b) die Prüfung des Übergangs auf ein Single Flow System.

Der ASP stimmte folgenden Verordnungsentwürfen mehrheitlich zu:

- Verordnung der Kommission zur Änderung der Anhänge I, II und III der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS).
- Entwurf einer Verordnung der Kommission für eine eingehende Überarbeitung der derzeitigen Liste der Gemeinschaftsflughäfen.
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Annahme der Spezifikationen für das Ad-hoc-Modul 2008 der Arbeitskräfteerhebung zur Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und ihren direkten Nachkommen gemäß Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates und Verordnung (EG) Nr. 430/2005 der Kommission.
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1216/2003 im Hinblick auf die in den Arbeitskostenindex einbezogenen Wirtschaftszweige.
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) betreffend das für 2008 erstellte Verzeichnis der sekundären Zielvariablen für Überschuldung und soziale Ausgrenzung. Eurostat sagt zu, der Bitte von Deutschland und Belgien – die Variablen-Codes einiger sensibler Variablen im Bereich Sollsalden/Zahlungsrückstände so zu ändern, dass Angaben nach einer harmonisierten, von der Arbeitsgruppe für Lebensbedingungen festzulegenden diskreten Skala, aber keine einzelnen Euro-Beträge erfasst werden – zu entsprechen.

Der ASP begrüßte den Bericht der Sitzung der Arbeitsgruppe „Aktivitäten der Forschung in der Statistik“ (EPROS)-Taskforce vom Juni 2006, der auf Möglichkeiten für Forschungsarbeiten im Bereich der amtlichen Statistik im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Kommission hinwies. Eurostat regte an, dass die Mitgliedstaaten entsprechende Projektideen entwickeln und sie im Rahmen der geplanten Ausschreibungen einreichen sollten. Einige Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass eine Koordinierung dieser Aktivitäten durch Eurostat wichtig sei.

Der ASP diskutierte Vorschläge im Zusammenhang mit der geplanten Überarbeitung des „Systems of National Accounts (SNA)“, das Vorgaben für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf UN-Ebene macht und großen Einfluss auf die europäische und nationale Erstellung der VGR hat. Aus deutscher Sicht ist es u. a. wichtig, dass auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zunächst im Rahmen von obligatorisch zu erstellenden Satellitensystemen zu den VGR erfasst werden sollen. Langfristiges Ziel ist es, diese Ausgaben als Anlageinvestitionen in das Kernsystem der VGR einzubeziehen. Dies hängt aber von den Erfahrungen mit den Satellitenkonten ab.

Dem ASP wurde der Endbericht der Task Force zur „Revision der Verordnung über die Gemeinschaftsstatistik“ vorgelegt. Die Task Force hatte die Aufgabe, vor der Erarbeitung eines Verordnungstextes strategische Themen und Problempunkte zwischen Eurostat und den Mitgliedstaaten zu klären. Der ASP begrüßte die Ergebnisse und dankte der Task Force und Eurostat für die erzielten Ergebnisse und Kompromisse. Eurostat wurde gebeten, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten einen Verordnungsentwurf zu erarbeiten. Hierbei sind noch einige offene Fragen zur Geheimhaltung, zur Einbeziehung der Europäischen Zentralbank etc. zu klären. Die Task Force bleibt bestehen und wird in die Arbeiten einbezogen.

Eurostat legte als Tischvorlage die „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und an den Rat über die Verringerung des Beantwortungsaufwandes, Vereinfachung und Prioritätensetzung im Bereich der Gemeinschaftsstatistik“ vom 14. November 2006 vor. Der ASP befürwortete im Grundsatz

diese Mitteilung. Auch aus deutscher Sicht sind die in dem Dokument beschriebenen Maßnahmen zu begrüßen. Der deutsche Vertreter wies darauf hin, dass sie nun engagiert umgesetzt werden müssten. Für eine wirksame Prioritätensetzung sei es notwendig, messbare und zeitlich klar fixierte Zielgrößen zu formulieren und einzuführen. Wichtige Entscheidungsgrundlage einer sinnvollen Prioritätensetzung sei die Erfassung der Kosten der einzelnen Statistiken. Basierend auf fundierten Kostenschätzungen für alle europäischen Statistiken sei langfristig auch die Erstellung eines Portfoliomodells für die einzelnen statistischen Vorhaben und Projekte denkbar – ähnlich dem Kosten-Nutzen-Portfolio des Statistischen Bundesamtes. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werde man darauf achten, dass Vorschläge für eine wirksame und ausgewogene Prioritätensetzung in die zur Beratung anstehenden Rechtsdossiers eingearbeitet werden. Hierzu biete sich u. a. im Rahmen der Beratung des neuen Mehrjahresprogramms Gelegenheit. Wichtig für eine ausgewogene Prioritätensetzung sei es, dass neue Herausforderungen, die an das Europäische Statistische System (ESS) gestellt werden, zu leisten seien, ohne zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Sie müssten durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden. Dies gelte auch für die Belastung der Befragten, die insgesamt betrachtet eher ab- als zunehmen sollte. Wichtig sei eine ausgewogene Prioritätensetzung, dass heißt Einsparungen auf der einen Seite (z. B. Prüfung des Einstromverfahren bei Intrastat), aber auch gleichzeitig Schaffung von Kapazität für dringende neue Aufgaben (z. B. bessere Einbeziehung des Dienstleistungshandels im Rahmen von Intrastat).

Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, berichtete stellvertretend für den ehemaligen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, über die Ergebnisse der Sitzung der Partnerschaftsgruppe am 14. September 2006 in Vilnius. Wichtige Themen waren: das Mehrjahresprogramm 2008–2012, der Stand der Prioritätensetzung, Möglichkeiten einer besseren Beteiligung der Mitgliedstaaten bei der Erarbeitung der statistischen Programme auf europäischer Ebene, der Sachstand des Kompetenzzentrums (CENEX) Geheimhaltung, die weitere Umsetzung des Code of

Practice sowie der geplante High Level Body und die Reform des Nutzergremiums CEIES. Der ASP wählte den Amtsleiter des niederländischen Statistischen Amtes, Gosse van der Veen, zum neuen Vorsitzenden der Partnerschaftsgruppe für zwei Jahre. Deutschland bleibt – aufgrund der EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 – bis Mitte 2007 Mitglied der Partnerschaftsgruppe.

Eurostat kündigte an, dass künftig wieder vier ASP-Sitzungen pro Jahr stattfinden werden – so wie von vielen Mitgliedstaaten angeregt. Die nächsten Sitzungen des ASP werden am 15./16.2., am 24./25.5. und am 8./9.11.2007 stattfinden. Die vierte Sitzung wird vor oder nach der DGINS-Sitzung am 20./21.9.2007 liegen.

CEIES-Seminar „Messen wir die Produktivität richtig?“

Das 31. Seminar des Europäischen beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) hatte die Produktivitätsmessung zum Schwerpunkt. Unter dem Titel „Messen wir die Produktivität richtig?“ wurden unter Federführung des CEIES-Unterausschusses „Wirtschafts- und Währungsstatistik“ am 12. und 13. Oktober 2006 in Rom zusammen mit einem großen Kreis von VertreterInnen aus amtlicher Statistik, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft der Aussagegehalt des gegenwärtigen Konzepts zur Produktivitätsmessung, seine Schwächen und Verbesserungsmöglichkeiten ausführlich diskutiert. Sämtliche Dokumente können aus dem Internet abgerufen werden unter http://forum.europa.eu.int/Members/irc/dsis/ceies/library?l=/ceies_seminars_31/measuring_productivity&vm=detailed&sb=Title.

Das Seminar bestand aus 4 sogenannten Sessions mit folgenden Themenschwerpunkten:

1. Allgemeine Ansätze

Hier wurden allgemeine, auch theoretische Ansätze zur totalen Faktorproduktivität sowie spezielle Berechnungsmethoden, z. B. zur Ermittlung der Abschreibungen des Kapitalstocks oder in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen u. a. nach dem „Systems of National Accounts (SNA)“, vorgestellt und kritisch erörtert.

2. Methoden der Preisbereinigung

Gegenstand der zweiten Session waren spezielle Verfahren zur Preisbereinigung (u. a. der hedonischen Preismessung) und deren Auswirkungen auf die Produktivitätsberechnungen. Dabei wurde deutlich, dass derartige Verfahren bislang nur in wenigen Ländern und für ausgewählte Güter angewandt werden.

3. Öffentlicher Bereich und Produktivität

Im Vordergrund standen die beiden Bereiche Bildung und Gesundheit, die allgemein einen Großteil des öffentlichen Bereichs ausmachen. Auch wenn es hier – anders als in der Waren produzierenden gewerblichen Wirtschaft – häufig weder einen vergleichbaren Output noch Marktpreise gibt, zeigte die Diskussion, dass diese Bereiche künftige Schwerpunkte der Weiterentwicklungen von Produktivitätsberechnungen sein sollten.

4. Produktivität und Humankapital/Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

Humankapital sowie Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten haben nicht nur für hochentwickelte Industrienationen einen hohen Stellenwert. Die damit verbundenen Aktivitäten werden bislang jedoch nicht in Produktivitätsberechnungen einbezogen. Ansatzpunkte, unter welchen Voraussetzungen und wie derartige Aktivitäten in Zukunft in die Produktivitätsberechnungen eingezogen werden könnten, wurden in dieser Session aufgezeigt.

16. CEIES-Vollversammlung

Schwerpunkte der 16. Vollversammlung des Europäischen beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) am 17. November 2006 in Luxemburg waren

- die Neugestaltung des CEIES und
- voraussichtliche Seminare in 2007.

Die CEIES-Reform steht in engem Zusammenhang mit der letzten EU-Erweiterung um 10 Staaten zum 1. Mai 2004. Durch eine Verkleinerung dieses beratenden Ausschusses soll vor allem seine Effizienz sichergestellt werden. Ein entsprechender Rechtstext sei im Entwurf von der Kommission verabschiedet worden – so wurde von Seiten Eurostats berichtet – und

liege zur Zeit dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Verabschiedung vor. Nach diesem Entwurf soll der beratende Ausschuss auf insgesamt 25 Mitglieder verkleinert werden, von denen 14 Personen Wirtschaft und Wissenschaft vertreten sollen. Dieser Vorschlag wurde auf der Sitzung kontrovers diskutiert.

Vom CEIES sollen im Jahr 2007 drei Seminare durchgeführt werden. Der Unterausschuss Innovationsstatistik (unter Leitung von Frau Karen Siune) wird im Februar 2007 in Arhus/Dänemark ein Seminar zum Thema „Innovationsindikatoren – mehr als nur Technologie“ veranstalten. Nach diesem Seminar wird – so hat der CEIES auf seiner diesjährigen Vollversammlung beschlossen – der Unterausschuss Innovationsstatistik aufgelöst werden, da er die ihm übertragenen Aufgaben erfolgreich beendet hat. Im Weiteren wird vom Unterausschuss Sozialstatistik (Vorsitz: Frau Ineke Stoop) ein Seminar zum Thema „Ethnische und rassistische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt“ im Frühsommer 2007 auf Malta vorbereitet. Ein drittes Seminar zum Thema „Wohlfahrtsmessung“ soll vom Unterausschuss Wirtschafts- und Währungsstatistik (Vorsitz: Frau Martine van Wouwe) gemeinsam mit dem Unterausschuss Sozialstatistik im Herbst 2007 durchgeführt werden.

Kundenmanagement des Statistischen Bundesamtes im BMI vorgestellt

Auf Initiative von Herrn Staatssekretär Johann Hahlen wurde das Kundenmanagementsystem CONSO+ Web des Statistischen Bundesamtes im Bundesministerium des Innern (BMI) vorgestellt. Moderiert wurde die Präsentation seitens des BMI von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Georg Thiel. Anwesend waren u. a. auch der Leiter des Bürger-Service des BMI Herr Ministerialrat Bernd Zander, Frau Ministerialrätin Pia Karger als Leiterin der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Frau Abteilungspräsidentin Dr. Birgit Settekorn aus dem Bundesverwaltungsamt.

Präsentation und Diskussion dauerten etwa 2 Stunden. Großes Interesse seitens der Gastgeber bestand insbesondere an der Konzeption, der strategischen Ausrichtung des Systems und den verschiedenen Modulen, die CONSO+ Web zu einem umfassenden

Kommunikationsinstrument machen. Der Ablauf der Anfragenbeantwortung mit Anbindung an das Webformular www.destatis.de/kontakt, die Möglichkeiten des Feedback- und Verteilermanagements und die verschiedenen Workflows wurden ganz direkt im „Live-System“ vorgeführt.

CONSO+ Web wurde auch in einem „Best-Practice-Forum“ auf dem „Modernen Staat“ und auch „live“ am Messestand vom 27. bis 29. November 2006 in Berlin präsentiert.

Selbst- und Fremdbewertung nach dem EFQM-Modell für Excellence

Das EFQM-Modell („European Foundation for Quality Management-Modell“) für Excellence der Europäischen Stiftung für Qualitätsmanagement ist eine Methode des Managements, ein Werkzeugkasten für die Führung und Steuerung großer Organisationen. Das Statistische Bundesamt verfolgt seine „Qualitätsoffensive Statistik“ mit EFQM als konzeptionellem Rahmen. Dies begründet einen auf Dauer angelegten Entwicklungsprozess, bei dem auf allen Feldern des Modells systematisch (d. h. geplant und mit Messungen nachgeprüft) Verbesserungen umgesetzt werden sollen.

Nach 1999 und 2003 hat sich das Statistische Bundesamt in diesem Jahr erneut der Frage gestellt, wo es hausweit bei der Umsetzung eines umfassenden, ganzheitlichen und nachhaltigen Qualitätsmanagements steht. Diese EFQM-Selbstbewertung wurde von der Amtsleitung und 20 Führungskräften des Hauses während eines Workshops durchgeführt. Dabei wurde zum einen die Leistungsfähigkeit des Amtes nach sämtlichen Kriterien des EFQM-Modells bewertet. Zum anderen wurden Stärken wie auch Verbesserungspotenziale innerhalb der Organisation herausgearbeitet.

Moderiert wurde der Workshop durch Dr. Markus Braun und Dr. Eric Wunderlich von der Firma SQS, die auch eine Fremdbewertung in Form eines EFQM-Assessment-Berichtes erstellten.

Die Ergebnisse der diesjährigen EFQM-Selbst- und Fremdbewertung zeigen, dass sich das Statistische Bundesamt in die richtige Richtung bewegt. Nach 125 Punkten bei der Selbstbewertung im Jahr 1999

und 237 Punkten im Jahr 2003 ergab die Selbstbewertung in diesem Jahr 353 Punkte und die Fremdbewertung sogar 391 Punkte. Der Vergleich mit den Ergebnissen früherer Selbstbewertungen zeigt insbesondere Verbesserungen bei den Kriterien Führung, Prozesse, kundenbezogene Ergebnisse, mitarbeiterbezogene Ergebnisse und bei den Schlüsselergebnissen. Bei der Fremdbewertung wurden die Ergebnisse der Selbstbewertung bei den Kriterien Führung, kundenbezogene Ergebnisse und Schlüsselergebnisse deutlich überschritten, während für den Bereich der Prozesse eine niedrigere Punktzahl vergeben wurde.

Das Statistische Bundesamt will auch weiterhin mit den Methoden der EFQM-Selbst- und Fremdbewertung nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen und an Qualitätsverbesserungen arbeiten. Sein Ziel ist, auch in der Zukunft vorhandene Stärken zu erhalten und Verbesserungspotenziale gezielt in Angriff zu nehmen. Die nächste hausweite EFQM-Selbst- und Fremdbewertung soll im Jahr 2009 durchgeführt werden.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Neu: RSS-Newsfeeds auf www.destatis.de

Die Nutzer des Internetangebotes des Statistischen Bundesamtes können sich seit kurzem mittels RSS-Feeds (Really Simple Syndication) über die aktuellen Informationen auf www.destatis.de auf dem Laufenden halten. Die RSS-Feeds können sowohl für den deutsch- wie auch für den englischsprachigen Teil des Internetangebotes abonniert werden. Aktuelle Meldungen werden dank RSS-Feeds in regelmäßigen Abständen auf den Computer des Abonnenten geladen, das heißt der Abonnent bekommt die jeweils neuesten Informationen automatisch und bequem geliefert. Mit einem Abonnement der RSS-Newsfeeds bleiben die Nutzer somit über aktuelle Nachrichten auf www.destatis.de informiert, selbst wenn sie diese Seiten nicht geöffnet haben.

RSS ist ein auf XML basierendes Format, mit dem Nachrichten plattformunabhängig gelesen und wei-

terverarbeitet werden können. Zum Lesen der RSS-Newsfeeds gibt es verschiedene kostenfreie und kommerzielle Anwendungen. In einem solchen RSS-Leseprogramm, auch Newsreader genannt, werden die Überschriften und Kurztexte der Nachrichten auf www.destatis.de zur Verfügung gestellt; Hyperlinks führen zu den Volltexten der Meldungen im Internet. So haben die Abonnenten der RSS-Newsfeeds jederzeit einen Überblick über alle Aktualisierungen der Website des Statistischen Bundesamtes.

Weitere Erläuterungen zu RSS-Feeds und seiner Nutzung sowie eine Auswahl von verfügbaren RSS-Newsreadern sind über die Homepage des Statistischen Bundesamtes unter dem Menüpunkt „RSS-Feeds“ in der Kopfnavigation zu finden.

Neue DVD „Statistik lokal 2006“ bietet Daten für mehr als 12 000 Gemeinden

„Statistik lokal 2006“ ist eine von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank, die Gemeindedaten für ganz Deutschland enthält und erstmals als DVD veröffentlicht wurde. Mit „Statistik lokal 2006“ können die über 12 000 Städte und Gemeinden in ganz Deutschland anhand ausgewählter Ergebnisse aus der amtlichen Statistik, dargestellt in rund 330 Merkmalsausprägungen, analysiert und verglichen werden. Die DVD enthält auch die Ergebnisse für alle Kreise (kreisfreie Städte und Landkreise), Regierungsbezirke/Statistische Regionen, Bundesländer und Deutschland. Neu aufgenommen in die Ausgabe 2006 von „Statistik lokal“ wurden Angaben zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie zur Lohn- und Einkommensteuer.

„Statistik lokal“ wird jährlich aktualisiert und bietet Daten zu den Themen Fläche, Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Tourismus, Straßenverkehr, Öffentliche Finanzen, Wahlen.

Die Daten sind einfach und schnell aus der Datenbank abzurufen. Sie können individuell zusammengestellt und für Auswertungen mit anderen Analyseprogrammen in den Formaten .xls oder .txt exportiert werden.

Die DVD „Statistik lokal 2006“ enthält die Datenbank mit der zum Betrieb erforderlichen Software sowie zwei Übersichtskarten (als PDF-Datei) zur administrativen Gliederung Deutschlands.

Die DVD „Statistik lokal 2006“ kostet mit einer Einzelplatzlizenz 74,- Euro zuzüglich Versandkosten und ist bei allen Statistischen Landesämtern und beim Statistischen Bundesamt (im Statistik-Shop unter www.destatis.de/shop, Schnellsuche „Statistik lokal“) erhältlich.

Weitere technische Informationen sind unter www.destatis.de/statistik-lokal verfügbar; fachliche Auskünfte erteilt Telefon 0611/75-2789, E-Mail: statistik-regional@destatis.de.

Glossar Statistischer Fachbegriffe

Der Sprachendienst im Statistischen Bundesamt hat ein Glossar deutscher und englischer Fachbegriffe aus dem Bereich der amtlichen Statistik erstellt, das die Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der Statistischen Landesämter und anderer mit amtlicher Statistik befasster Institutionen beim Umgang mit der englischen Fachsprache unterstützen soll.

Die insgesamt rund 4 000 Fachbegriffe des Glossars stammen aus dem gesamten Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik. Abgedeckt sind deren einzelne Sachgebiete, z. B. statistische Methodik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Bevölkerung, Außenhandel oder Preise. Daneben wurde aber auch reichsübergreifende statistikrelevante Terminologie aufgenommen, die sich am Nutzerbedarf in der Praxis orientiert. Das Glossar soll nach und nach ergänzt und erweitert werden.

Das 237 Seiten umfassende „Glossar“ kann zum Preis von 17,- Euro direkt über den Statistik-Shop (www.destatis.de/shop) des Statistischen Bundesamtes oder über den Vertriebspartner (SFG Servicecenter Fachverlage; Part of Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Tel. 07071/93-5350, Telefax 07071/93-5335; E-Mail destatis@s-f-g.com; www.destatis.de/shop) bestellt werden.

Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung

15. Wissenschaftliches Kolloquium: „Ausbildung für die Praxis? Statistikstudium in den Wirtschaftswissenschaften“

Das Statistische Bundesamt hat am 23. und 24. November 2006 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft das 15. gemeinsame wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Ausbildung für die Praxis? Statistikstudium in den Wirtschaftswissenschaften“ veranstaltet. Das Kolloquium wurde von Prof. Dr. Ulrich Rendtel von der Freien Universität Berlin moderiert, der auch in die Thematik einführte.

Die Fachdiskussion eröffnete Prof. Dr. Peter Michael von der Lippe von der Universität Duisburg-Essen mit seinem Referat zum „Niedergang des Faches Statistik an den Hochschulen“. Im anschließenden Beitrag fragte Prof. Dr. Walter Krämer (Universität Dortmund), ob die Statistikausbildung den Fortschritt der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verhindert. Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg, Schweiz berichtete über eine problemorientierte Statistikausbildung in den Wirtschaftswissenschaften jenseits von „Chalk-and-Talk“, widmete aber auch einen Teil seiner Ausführungen der Beschreibung der aktuellen Situation des Faches Statistik an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in der Schweiz.

Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann, die Direktorin des Statistischen Landesamtes Berlin, stellte die in Deutschland vorhandenen Konzepte und Beispiele des E-Learning im Bereich Statistik vor. Magdalena Thöne und Prof. Dr. Claus Weihs von der Universität Dortmund stellten unter der Überschrift „Vielseitig und gefragt: Absolventinnen und Absolventen des Dortmunder Studiengangs Statistik“ den Studiengang selbst sowie den Verbleib der Absolventinnen und Absolventen anhand der Ergebnisse der Ehemaligendatei dar.

Zum Abschluss des ersten Tages fand im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums die feierliche Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises 2006 durch Herrn Vizepräsident Walter Radermacher statt. In

diesem Jahr konnten insgesamt drei wissenschaftliche Arbeiten mit einem engen Bezug zur amtlichen Statistik ausgezeichnet werden (siehe dazu den folgenden Beitrag).

Zum Auftakt des zweiten Tages standen drei Referate auf dem Programm, die sich mit Fragen neuer Studiengänge an zwei deutschen Universitäten beschäftigten sowie mit den Möglichkeiten, absolut anonymisierte amtliche Mikrodaten in der Lehre einzusetzen.

Eröffnet wurde dieser Themenbereich mit dem Vortrag von Prof. Dr. Ralf Münnich von der Universität Trier, der über die neuen Statistik-Studiengänge in Trier informierte. Markus Zwick vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden zeigte mit dem Beispiel der Campus-Files auf, wie heute mit Mikrodaten der amtlichen Statistik in der Lehre gearbeitet werden kann. Abgerundet wurden die Fragen neuer Studiengänge durch das Referat von Dr. Sibylle Schmerbach von der Humboldt-Universität zu Berlin, die über das dortige neue Lehrkonzept Wirtschaftsstatistik im Rahmen der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen berichtete.

Die Veranstaltung wurde abgeschlossen durch eine Podiumsdiskussion, bei der Prof. Dr. Karl Mosler (Universität zu Köln), Dr. Manfred Ehling (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden), Prof. Dr. Hans-Joachim Mittag (Fernuniversität Hagen) und Prof. Dr. Gert G. Wagner (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Rendtel darüber diskutierten, wie die künftige Statistikausbildung aussehen sollte.

Die Kurzfassungen aller Referate finden Sie auf den Internetseiten der wissenschaftlichen Kolloquien unter: <http://kolloq.destatis.de/>. Dort werden ab Anfang 2007 auch die Beiträge selbst als kostenfreie Downloads zur Verfügung stehen.

Statistisches Bundesamt verleiht Gerhard-Fürst-Preis 2006

Am 23. November 2006 wurden die Preisträger des Gerhard-Fürst-Preises 2006 im Rahmen des 15., gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft durchgeführten wissenschaftlichen Kolloquiums zum Thema „Ausbildung für die Praxis? Statis-

tikstudium in den Wirtschaftswissenschaften“, geehrt. Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, konnte auf Empfehlung des unabhängigen Gutachterkreises eine wissenschaftliche Arbeit mit engem Bezug zur amtlichen Statistik mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2006 prämiieren. Zwei weitere Arbeiten wurden mit Förderpreisen für Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet.

In der Kategorie „Diplom- und Masterarbeiten“ wurde die Untersuchung von Diplom-Ökonom Alexander Vogel zum Thema „Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext – Ergebnisvergleich der normalen, tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeit mit Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 auf Basis des kollektiven Modells“ von der Jury als herausragende Leistung bewertet und mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2006 ausgezeichnet; das damit verbundene Preisgeld beträgt 2 500 Euro. Die Arbeit entstand bei Professor Dr. Joachim Merz an der Universität Lüneburg. Gegenstand dieser Diplomarbeit ist erstmals die Frage, inwieweit unterschiedliche Operationalisierungen der Arbeitszeit die Untersuchungsergebnisse zur Erwerbstätigkeit von Frauen beeinflussen. In der Diplomarbeit von Alexander Vogel werden der herkömmlichen Operationalisierung der Arbeitszeit die Operationalisierungen über die gewünschte und die tatsächlich geleistete Arbeitszeit gegenüber gestellt. Ziel der Arbeit ist es herauszufinden, ob davon ausgegangen werden kann, dass bisher gewonnene Erkenntnisse zum Erwerbsverhalten von Frauen von der Operationalisierung der Arbeitszeitvariablen unabhängig sind, ob also in einem bestimmten Sinn robuste Ergebnisse vorliegen.

Die Dissertation von Dr. Martin Rosemann über „Auswirkungen datenverändernder Anonymisierungsverfahren auf die Analyse von Mikrodaten“ bereichert nach Auffassung der Juroren die wissenschaftliche Diskussion innerhalb der amtlichen Statistik. Sie wurde deshalb mit dem Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte in Höhe von 2 000 Euro gewürdigt. Die Arbeit entstand bei Professor Dr. Gerd Ronning an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Die Dissertation von Martin Rosemann befasst sich mit dem Problem der Anonymisierung insbesondere von Daten aus dem Unternehmensbereich. Dieses Problem besitzt im Zusammenhang mit der Nutzung von Mikrodaten der

amtlichen Statistik in der wissenschaftlichen Forschung erhebliche praktische Bedeutung. Die Arbeit konzentriert sich auf Datenanonymisierung durch datenverändernde Maßnahmen und systematisiert und erweitert Erkenntnisse zu Schätzverzerrungen und Effizienzverlusten, die durch solche Maßnahmen entstehen.

Diplom-Soziologe Jonas Radl erhält für seine bei Professor Dr. Wolfgang Clemens an der Freien Universität Berlin entstandene Diplomarbeit „Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters – Eine empirische Analyse von Übergängen in den Ruhestand anhand des „Scientific Use Files Versichertenrentenzugang 2004“ einen mit 1 000 Euro dotierten Förderpreis in der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“. Gegenstand der Arbeit von Jonas Radl ist die empirische Analyse der individuellen Determinanten des Übergangs in den Rentenstatus. Damit behandelt der Verfasser eine äußerst praxisrelevante Frage. Das Ziel der Arbeit besteht darin zu klären, in welchem Maße Individuen den Zeitpunkt ihres persönlichen Übergangs in den Rentenbezug selbst bestimmen können und welche strukturellen Begrenzungen ihrer Handlungsoptionen sie sich gegenübergestellt sehen.

Mit der jährlichen Auslobung des Gerhard-Fürst-Preises ist das Statistische Bundesamt bestrebt, die Arbeit der amtlichen Statistik noch stärker als bisher mit den Hochschulen zu verbinden. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Weitere Informationen zum Gerhard Fürst Preis finden Sie im Internet unter: www.destatis.de/allg/d/veroe/fue_txt.htm. Dort finden Sie unter anderem die Kurzfassungen der prämierten Arbeiten sowie die Teilnahmebedingungen für den Gerhard Fürst Preis 2007, dessen Einreichungsfrist am 31. März 2007 endet. Die von Herrn Professor Dr. Hans Wolfgang Brachinger (Universität Fribourg/Schweiz), dem Vorsitzenden der unabhängigen Gerhard-Fürst-Preis-Jury, anlässlich der Preisverleihung am 23. November 2006 vorgetragenen Laudationes werden in Heft 12/2006 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamtes abgedruckt. Die Preisträger werden über ihre Arbeiten selbst in der

Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ Anfang nächsten Jahres ausführlich berichten.

„Neue Daten zu Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005“

Mit der neuen Haushaltsbefragung LEBEN IN EUROPA wird die deutsche amtliche Statistik ab dem Jahr 2006 jährlich Informationen über Armut und Lebensbedingungen in Deutschland bereitstellen können. Vor dem Hintergrund des Zusammenwachsens innerhalb der Europäischen Union wird es immer wichtiger, wirtschaftliche und soziale Tatbestände auch international vergleichbar messen und bewerten zu können. Daher hat der Europäische Rat in Laeken im Jahr 2001 ein Set von Indikatoren für die europäische Sozialberichterstattung beschlossen. Die „Laeken-Indikatoren“ sollen es ermöglichen, die Lebensbedingungen und die Wirksamkeit der Armutsbekämpfung in den EU-Mitgliedstaaten zu vergleichen.

Mit LEBEN IN EUROPA gibt es jetzt erstmals eine EU-weit vergleichbare Datenquelle zur Berechnung dieser Indikatoren. Die Einführung einer Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) – die deutsche Bezeichnung lautet LEBEN IN EUROPA – wurde im Jahr 2003 vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat beschlossen. Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards.

Schwerpunkt der Statistik ist die differenzierte Erfassung des Einkommens, die international abgestimmten Definitionen folgt. Daneben weist LEBEN IN EUROPA einige Besonderheiten für die deutsche amtliche Statistik auf. So werden die Befragten gebeten, zu einigen Aspekten ihrer Lebensbedingungen, zum Beispiel Wohnen oder Gesundheit, ihre subjektive Einschätzung anzugeben. So kann ein vollständigeres Bild über die Lebensbedingungen in Deutschland erreicht werden.

Das übergeordnete Ziel von LEBEN IN EUROPA ist die europäische Sozialberichterstattung. Die internationale Harmonisierung der statistischen Konzepte ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA auch nicht unmittelbar mit denen anderer nationaler Erhebungen der amtlichen Statistik, beispielsweise der Ein-

kommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), oder nicht-amtlichen Umfragen, zum Beispiel dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), zu vergleichen.

LEBEN IN EUROPA wurde in Deutschland erstmalig im Jahr 2005 durchgeführt. Da es sich um die erste Erhebungswelle handelt und aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit mit anderen Statistiken sind derzeit allerdings noch keine Aussagen im Zeitvergleich möglich. Das erhobene Einkommen von LEBEN IN EUROPA 2005 bezieht sich auf das Jahr 2004. Daher sind keine Aussagen zu den Auswirkungen der sogenannten Hartz-IV-Gesetze möglich. Dies wird erst im nächsten Jahr der Fall sein.

Detaillierte Ergebnisse zu LEBEN IN EUROPA enthält die Pressebroschüre „Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005“, die zusammen mit umfangreichen Tabellen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) unter dem Pfad „Presse – Presseveranstaltungen“ kostenlos abgerufen werden kann.

Besuch einer russischen Delegation beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden

Das Statistische Bundesamt führt seit Mitte des Jahres 2006 ein EU Grant-Projekt mit dem Statistikamt der Russischen Föderation (ROSSTAT) in den Komponenten Unternehmensregister und Produktivitätsmessung durch. Konsortialpartner des Statistischen Bundesamts sind Statistics Netherlands (CBS) und Statistics Finland.

In der Komponente Unternehmensregister besuchte eine russische Delegation vom 4. bis 8. Dezember 2006 das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zu einem Studienaufenthalt mit dem Thema Unternehmensregister und Unternehmensgruppen.

Im Mittelpunkt standen Aspekte des Unternehmensregisters (Konzeptionen, Aufbau, Datenquellen und Pflege), der Abbildung von Unternehmensgruppen (Methodische Konzepte, Datenquellen und Integration in das Unternehmensregister) und der Unternehmensstatistik im Allgemeinen.

Tatkräftig unterstützt wurde das Programm durch die Fachkollegen, das Statistische Landesamt Sachsen, die Monopolkommission sowie Statistik Hessen.

Gesamtrechnungen, Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Am 2. November 2006 fand im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden eine Sitzung des Fachausschusses Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) statt. Diskussionsthemen waren die Qualitätsmessung in den VGR sowie die Beschleunigung der vierteljährlichen BIP-Rechnung (BIP-flash). Zur Qualitätsmessung in den VGR wurden verschiedene (internationale) Qualitätsaspekte bzw. -systeme vorgestellt, die Qualität der deutschen VGR hinsichtlich produktbezogener Qualitätskriterien aufgezeigt und Ergebnisse zur Zuverlässigkeit des realen Quartals-BIP präsentiert. Nach einer aktuellen Auswertung der OECD weist das deutsche reale Quartals-BIP, zusammen mit den entsprechenden französischen und britischen Daten, die niedrigste Revisionsdifferenz unter den großen OECD-Mitgliedstaaten auf. Im Rahmen des Themas BIP-flash konnten Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie präsentiert und die Gesamtbeurteilung einer höheren Aktualität des BIP erörtert werden. Anhand eines Fragebogens sollten sich die Mitglieder des Fachausschusses – also wichtige Nutzer der VGR – zur Aktualität der vierteljährlichen BIP-Berechnungen äußern. Die Auswertung des Fragebogens liegt inzwischen vor. Der Fachausschuss spricht sich mehrheitlich gegen eine weitere Beschleunigung der vierteljährlichen BIP-Rechnung (auf t+30 Tage) aus, hält aber die Weiterentwicklung durch eine Kombination von Modellrechnung und Expertenschätzung für sinnvoll. Anzumerken ist, dass insbesondere Eurostat die Option einer weiteren Beschleunigung von BIP-Schätzungen auf EU-Ebene aufrechterhalten möchte. In Ergänzung zu den erwähnten Diskussionsthemen wurde im Fachausschuss über den Sachstand und die aktuellen und neuen Entwicklungen in folgenden Bereichen informiert: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Einführung der neuen Wirtschaftsklassifikationen, Revision des System of National Accounts (SNA), Input-Output-Rechnung und Satellitensysteme, Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Einkommen nach Haushaltsgruppen und Sozioökono-

misches Berichtssystem und schließlich die Berechnungsmöglichkeit von Unternehmensgewinnen. Ausführliche Besprechungsdokumente und Präsentationsunterlagen können unter der E-Mailadresse: Abteilung-iii@destatis.de angefordert werden.

Eurostat-Delegation zum Informationsbesuch im EDS

Zum ersten Mal seit Einführung der kostenfreien Verbreitungspolitik Eurostats im Jahr 2004 bekam der EDS Europäischer Datenservice Besuch von der Verbreitungsabteilung Eurostats. Herr Dr. Schäfer, Leiter der Verbreitung, und Herr Reinert, Koordinator des user support Netzwerks, informierten sich am 11. und 12. Dezember 2006 über die Arbeitsorganisation und die Servicequalität des europäischen Beratungsdienstes. Da der EDS mit Abstand die höchste Beihilfensumme von den 22 nationalen Servicestellen erhält und mit ca. 10 000 Anfragen pro Jahr die meisten Anfragen im user support Netzwerk (ESDS) bearbeitet, steht der EDS auch im besonderen Blickfeld des Qualitätscontrollings der Grantverträge.

Mithilfe von Stichproben wurden die schriftlichen und telefonischen Anfragen, die Abgrenzung zwischen kostenfreiem und kostenpflichtigem Service, die Berechnung der Indikatoren für die vierteljährlichen Qualitätsberichte, die Automatisierung der Prozesse, das Follow-up der anonymen Kundentests und das Updating der EDS-Webseite untersucht. Darüber hinaus stellte der EDS seine Öffentlichkeitsarbeit zur europäischen Statistik vor.

Die Gespräche verliefen in sehr partnerschaftlicher und harmonischer Atmosphäre. Als Ergebnis bescheinigte Eurostat dem EDS einen professionellen Service hinsichtlich Effizienz, Dokumentation, Qualität, sprachlicher Präsenz und Engagement. Insofern ist davon auszugehen, dass der EDS seine führende Rolle im ESDS Netzwerk auch weiterhin behaupten kann. Herr Schäfer führte an, dass die Nutzerunterstützung zur europäischen Statistik über die nationalen statistischen Ämter ihren festen Platz in der langfristigen Verbreitungsstrategie Eurostats hat.

Tagung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Die 33. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fand vom 26. bis 27. Oktober 2006 in Kiel statt.

Als externer Referent nahm Herr Dr. Klaus Schrader, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW), mit einem Vortrag zum Thema „Schleswig-Holsteins Wirtschaft im Kräftefeld der Globalisierung“ teil.

Von zentraler Bedeutung waren die Beschlüsse zum so genannten 10-Punkte-Qualitätsprogramm des Arbeitskreises. Insbesondere der im Rahmen der fortschreitenden Globalisierung zunehmende Strukturwandel in der Wirtschaft und die damit einhergehenden innerbetrieblichen Strukturveränderungen stellen die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor große Herausforderungen. Der Arbeitskreis wird daher mit Proberechnungen prüfen, inwieweit unternehmensspezifische Vorleistungsquoten noch früher in die Berechnungen einbezogen werden können. Neben Verfahrensverbesserungen bei den Berechnungsmethoden auf Kreis- und Länderebene soll auch die Intensivierung des Dialogs zwischen dem Arbeitskreis und den Fachstatistiken zur Qualitätssteigerung beitragen.

Der Arbeitskreis verständigte sich auf die Rückrechnung der Aggregate Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Arbeitnehmerentgelt, Bruttoanlageinvestitionen, Primäreinkommen der privaten Haushalte, Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und Anlagevermögen im Rahmen der Revision 2005. Die Veröffentlichung dieser Aggregate für die Jahre 1970 bis 1991 ist im April 2007 vorgesehen.

Die 34. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom 19.-20. April 2007 in München stattfinden.

Energieverbrauch der privaten Haushalte trotz Effizienzverbesserungen gestiegen

Der Energieverbrauch der privaten Haushalte für Wohnen ist im Zeitraum 1995 bis 2005 – bereinigt um die jährlichen Temperaturschwankungen – um 3,5 % gestiegen. „Die erheblichen Verbesserungen bei Wärmedämmung, Heizungstechnik und Haus-

haltsgeräten reichten nicht aus, um den gestiegenen Energieverbrauch der Haushalte auszugleichen, der unter anderem durch eine wachsende Ausstattung mit Elektrogeräten und die zunehmende Wohnfläche verursacht wird“, so der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, am 14. November 2006 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Umweltbundesamt in Berlin.

Nach neuen Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) basiert dieses Plus von insgesamt 3,5 % auf einer zweigeteilten Entwicklung: Bis zum Jahr 2000 war der Energieverbrauch zunächst um circa 11 % gestiegen, um dann – sicher auch beeinflusst von den Energiepreiserhöhungen (+ 42 % von 1999 bis 2005) – um rund 7 % zu sinken.

Detaillierte Ergebnisse enthält der Bericht „Die Nutzung von Umweltressourcen durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte“, der kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de, Pfad „Presse – Presseveranstaltungen“ abrufbar ist.

Industrie, Binnenhandel

Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“

Im Mittelpunkt der diesjährigen Sitzung des Fachausschusses „Statistik im Produzierenden Gewerbe“ am 21. November 2006 standen aktuelle Themen im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik. Insbesondere die Anhebung der Abschneidegrenze beim Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe und bei der monatlichen Produktionserhebung von 20 auf 50 Beschäftigte war ein angestrebtes Entlastungsziel im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik, das mit dem 1. Mittelstandsentlastungsgesetz erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Das Statistische Bundesamt informierte in diesem Zusammenhang auch über die Folgen der Anhebung dieser Abschneidegrenze auf die Indexberechnungen im Produzierenden Gewerbe. Diese Änderungen im kurzfristigen Berichtssystem, die ab Januar 2007 eintreten, stießen auf großes Interesse bei den Teil-

nehmern und regten zu einer ausführlichen Diskussion an.

Auch für die Betriebserhebungen im Baugewerbe wurde im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik ein stark verkürztes Fragenprogramm entwickelt und mit den Datennutzern abgestimmt. Eine Gesetzesänderung ist hierfür jedoch nicht erforderlich. Das verkürzte Erhebungsprogramm kommt ebenfalls ab Berichtsjahr 2007 zur Anwendung. Insgesamt werden rund 30% der Erhebungspositionen eingespart; damit leistet die amtliche Statistik einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Baubetriebe von statistischen Berichtspflichten. Anhand einer Präsentation informierte das Statistische Bundesamt über weitere Untersuchungen zur Verwendung von Verwaltungsdaten und des Registers zur Ablösung der Handwerksstatistiken. Mit dieser Verwaltungsdatenverwendung kann sogar eine weitestgehende Entlastung der Auskunftspflichtigen erfolgen.

Auf besonderes Interesse bei den anwesenden Verbandsvertretern trafen die Ausführungen über moderne Verfahren der Datenerhebung. Hier standen aktuelle Entwicklungen bei der Nutzung der Interneterhebung IDEV und Informationen über den Stand der Arbeiten bei der Einführung von eSTATISTIK.core im Vordergrund. Das von den Statistischen Ämtern entwickelte und von namhaften Software-Herstellern realisierte Internet-basierte Meldeverfahren bietet den Unternehmen die Möglichkeit, Statistikdaten automatisiert aus ihrem Rechnungswesen zu gewinnen und online an eine zentrale Annahmestelle zu übermitteln.

Weitere Themen der Sitzung waren die Ergebnisse einer § 7-Erhebung zu Aufwendungen und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie im Rahmen von EU-weiten und internationalen Aktivitäten zur Weiterentwicklung der strukturellen Unternehmensstatistiken sowie die Revision von Wirtschaftsklassifikationen (Operation 2007). Hier wurde über den Stand der Arbeiten sowie über die weitere Zeit- und Arbeitsplanung berichtet.

Fachausschuss „Handelsstatistik“

Im Mittelpunkt der Beratungen des Fachausschusses „Handelsstatistik“ am 15. November 2006 standen

Entwicklungen bei den Außen- und Binnenhandelsstatistiken.

Im Juli 2006 wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) die Ergebnisse einer Untersuchung über die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken vorgestellt, die das DIW Berlin in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt hat. Vom Statistischen Bundesamt wurden mit dem Fachausschuss „Handelsstatistik“ einige in dieser Studie aufgezeigte Entlastungsmöglichkeiten im Bereich der Außenhandelsstatistik erörtert, unter anderem ein genereller Verzicht auf Mengenangaben bei kleinen Unternehmen. Dieser Vorschlag wurde aber als zu weitreichend angesehen und daher abgelehnt. Zwei weitere Vorschläge – der Verzicht auf die Angabe des Gewichts, wenn bereits eine Mengenangabe (z. B. Stück) in Form einer besonderen Maßeinheit vorliegt, und die Beschränkung der Meldepflicht kleiner Unternehmen auf die zehn wichtigsten Warennummern – wurden begrüßt und sollen hinsichtlich möglicher Qualitätsverluste der Ergebnisse noch weiter untersucht und mit den Nutzern abgestimmt werden.

Eine weitere Vereinfachungsmöglichkeit, das so genannte Einstromverfahren, bei dem nur noch eine Handelsrichtung erhoben und die andere aus den Daten der Partnerländer erstellt wird, wurde von den Teilnehmern des Fachausschusses einhellig als eine allenfalls langfristig umsetzbare Möglichkeit angesehen. Zunächst müssten die Erhebungs- und Aufbereitungssysteme in den Mitgliedstaaten weiter vereinheitlicht werden. Dringend gewarnt wurde vor schnellen nicht revidierbaren Entscheidungen, die einseitig nur die Belastung, nicht aber die Datenqualität der Außenhandelsstatistik und den Nutzen im Fokus haben.

Neben verschiedenen Vereinfachungsmöglichkeiten wurden durch das Statistische Bundesamt auch drei Varianten für eine künftige Änderung des Revisionsverfahrens vorgestellt:

1. Monatliche Revisionen während eines Zeitfensters von sechs Monaten nach der ersten Veröffentlichung eines Berichtsmonats sowie eine Jahresrevision;

2. Revisionen alle drei Monate (quartalsweise) über alle zurückliegenden Monate des Berichtsjahres sowie eine Jahresrevision;

3. Revisionen alle drei Monate (quartalsweise) über die Berichtsmonate der letzten beiden Quartale sowie eine Jahresrevision.

Nach Meinung des Fachausschusses würde eine häufige und womöglich sogar monatliche Revision erhebliche Probleme bei den Nutzern verursachen. Der Fachausschuss forderte daher eine Beschränkung des neuen Revisionsverfahrens auf quartalsweise Änderungen.

Im Binnenhandel sind sowohl bei den Konjunkturalen auch bei den Strukturstatistiken auf europäischer Ebene eine Reihe von Neuerungen zu erwarten: Neben der Einführung der Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008 wird die Europäische Kommission im Jahr 2008 über die Einführung der Merkmale „Geleistete Arbeitsstunden“ und „Bruttolöhne und -gehälter“ bei den Konjunkturstatistiken entscheiden. Bei den Strukturstatistiken ist mit der Einführung einer neuen europäischen Strukturverordnung zu rechnen. Der vorliegende Entwurf sieht den Wegfall von zwei Pflichtmerkmalen, die Streckung der Periodizität von einem auf fünf Jahre bei der Aufgliederung des Umsatzes nach Art der Tätigkeit sowie die Einführung der neuen jährlichen Pflichtmerkmale „Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeiteinheiten“, „Zahl der von den Lohn- und Gehaltsempfängern geleisteten Arbeitsstunden“ und „Aufwendungen für Leiharbeiter“ vor. Das Statistische Bundesamt strebt derzeit eine Schätzung der neuen Pflichtmerkmale an, um die Unternehmen nicht weiter zu belasten.

Die statistischen Ämter haben im Jahr 2006 eine Reihe von Veränderungen bei den Statistiken im Binnenhandel vorgenommen oder eingeleitet. Hierzu zählen die Inbetriebnahme von eSTATISTIK.core, einem belastungsarmen Meldeweg bei den Monatserhebungen im Binnenhandel, der beim betrieblichen Rechnungswesen ansetzt, die Ziehung einer Neuzugangsstichprobe durch die Statistischen Landesämter, die im Berichtsmonat Januar 2007 in die Aufbereitung integriert wird, die Entwicklung einer leistungsfähigeren Schätzmethode zur Reduzierung des Revisionsbedarfs bei den Monaterhebungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Aktualität der

Jahreserhebungen. Als weiteres Projekt schlägt das Statistische Bundesamt die Entwicklung eines neuen Stichprobenkonzepts vor, mit dem die Verweildauer der Unternehmen in den Erhebungen reduziert (Stichprobenrotation) und kleine und mittlere Unternehmen durch die Erhöhung der Abschneidegrenzen von der Teilnahme an den Monaterhebungen befreit werden sollen. Bei den Jahreserhebungen im Binnenhandel stellt die Anpassung der Merkmalsdefinitionen an die betriebliche Praxis neben der Aktualitätsverbesserung ein vorrangiges Vorhaben dar. Der Fachausschuss „Handelsstatistik“ befürwortet die Vorschläge des Statistischen Bundesamtes und ist mit der Prioritätensetzung einverstanden.

Preise

Internationale Konferenz zur Dienstleistungsstatistik in Wiesbaden –

21. Treffen der Voorburg-Gruppe

Vom 9. bis 13. Oktober 2006 war das Statistische Bundesamt Gastgeber des 21. Treffens der Voorburg-Gruppe, einer internationalen Konferenz zur Methodenentwicklung in den Dienstleistungsstatistiken. Über 70 Expertinnen und Experten aus nationalen statistischen Ämtern, internationalen Organisationen und Zentralbanken diskutierten in Wiesbaden über Preis- und Volumenmessungen im Tertiären Sektor sowie deren Kohärenz im staatenübergreifenden Vergleich.

Im Speziellen beleuchtet wurden die verschiedenen nationalen Konzepte zur statistischen Erfassung des Straßengüterverkehrs und der Unternehmensberatung. Teilweise konnten Ähnlichkeiten bei den nationalen Konzepten festgestellt werden, zum Teil wurden jedoch auch grundlegende methodische Unterschiede ausgemacht. Diese sind sowohl auf nationale Marktbesonderheiten zurückzuführen als auch auf unterschiedliche statistische Konzepte in den verschiedenen Ämtern. So wurde die Frage diskutiert, ob bei der Preismessung von einer Sektor- oder von einer Güterbasis ausgegangen werden sollte. Auch die Frage, in welchem Maße theoretisch überlegene Preismessungsmethoden in der Praxis durchführbar

sind, wurde ausgiebig erörtert. Als weitere Herausforderung für die Preisstatistiker wurde das weltweit zunehmend bedeutsame Phänomen des „Bundlings“, des Verkaufs von mehreren Dienstleistungen im Paket, ausgemacht.

Neben diesen Themen stand unter anderem die Einführung eines Thesaurus einer international gleichen Fachterminologie auf der Agenda. Durch die Wiesbadener Konferenz kam die Voorburg-Gruppe ihrem Ziel näher, einen internationalen Methodenrahmen zu entwickeln, der größere Kohärenz in der Preis- und Volumenmessung des Dienstleistungssektors auf internationaler Ebene schaffen soll.

Die staatenübergreifende Kooperation in den Dienstleistungsstatistiken wurde 1986 auf Vorschlag der Vereinten Nationen initiiert; 1987 trafen erstmalig Experten im niederländischen Voorburg zusammen, dem die Konferenzreihe ihren Namen verdankt. Bis zum nächsten Zusammentreffen im Herbst 2007 in Korea wollen die beteiligten Länder wichtige Methodenfragen klären. Schwerpunkte des nächsten Zusammentreffens – auch dies ein Ergebnis der Wiesbadener Konferenz – sollen unter anderem die statistische Behandlung des IT-Sektors sowie die Kohärenz zwischen Dienstleistungsstatistiken und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sein.

Detaillierte Informationen zur Konferenz finden sich im Internet unter www.destatis.de/voorburg/.

Weitere Auskünfte erteilt Tel. 0611/75-4347.

Bevölkerung, Bildung, Staat

11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Derzeit hat Deutschland 82,4 Millionen Einwohner. 2050 werden es noch knapp 69 Millionen bis 74 Millionen sein. Dann wird die Bevölkerungszahl unter dem Niveau des Jahres 1963 (gut 75 Millionen Einwohner) liegen. Dies zeigen diejenigen Varianten der neuen 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die eine Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung annehmen. Sie unterscheiden sich nur in der Höhe der Zuwanderung.

Die Gründe für den Bevölkerungsrückgang sind eine stetige Abnahme der Geburtenzahlen und eine Zunahme der Sterbefälle.

Auch eine etwas höhere Kinderzahl je Frau oder eine noch schneller steigende Lebenserwartung könnten den Rückgang der Bevölkerung nicht verhindern. Das Geburtendefizit wird durch die Zuwanderungsüberschüsse aus dem Ausland nicht mehr kompensiert. „Der Rückgang der Bevölkerung ist nicht mehr aufzuhalten“, so der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, am 7. November 2006 in Berlin bei der Vorstellung der Ergebnisse der 11. Bevölkerungsvorausberechnung, die zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder koordiniert wurde.

Die Bevölkerungszahl nimmt nicht nur weiter ab, sondern es wird auch weniger Kinder und noch mehr ältere Menschen geben, die zudem noch länger leben. Aufgrund der abnehmenden Zahl potenzieller Mütter sinkt die jährliche Geburtenzahl von derzeit etwa 685 000 auf rund 500 000 im Jahr 2050. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung der 65-Jährigen bis 2050 um circa 4,5 Jahre. Die stark besetzten Jahrgänge, die derzeit im mittleren Alter sind, rücken in höhere Altersklassen auf, und die künftigen jüngeren Jahrgänge werden immer schwächer besetzt sein. Die Zahl der 60-Jährigen wird mit gut einer Million im Jahr 2050 doppelt so hoch sein wie die Zahl der Neugeborenen; 2005 gab es fast genauso viele Neugeborene wie 60-Jährige. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Betreuungs- und Schulalter sinkt ebenso wie die der jungen Menschen im Ausbildungsalter. Dagegen wird sich die Zahl der 80-Jährigen und Älteren von heute nicht ganz 4 Millionen auf 10 Millionen im Jahr 2050 nahezu verdreifachen.

Zur Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren gehören heute etwa 50 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 werden es – je nach dem Ausmaß der Zuwanderung – 22 % oder 29 % weniger sein. Die Altersstruktur innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe verschiebt sich schnell. Zurzeit gehören 50 % der Menschen im erwerbsfähigen Alter zur mittleren Altersgruppe von 30 bis 49 Jahren, 30 % zur älteren von 50 bis 64 Jahren und knapp 20 % zur jungen von 20 bis 29 Jahren. 2020 wird die mittlere Altersgruppe nur noch 42 % ausmachen, die ältere mit etwa 40 %

aber nahezu gleich stark sein. Für den Arbeitsmarkt wird es auf die Älteren in gleichem Maße ankommen wie auf die Menschen mittleren Alters.

Die Anzahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Erwerbsalter – der so genannte Jugendquotient – beträgt heute 33. Er wird sich in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr stark verändern und 2050 schließlich 29 erreichen. Der Altenquotient für das Renteneintrittsalter von 65 Jahren – die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen von 20 bis unter 65 Jahren – liegt aktuell bei 32. Er wird schon in den nächsten Jahren deutlich ansteigen und nach 2020 mit dem Eintritt der starken Jahrgänge in das Rentenalter nach oben schnellen. 2030 wird er bereits 50 oder 52 betragen. Anschließend wird er weiter zunehmen und im Jahr 2050 je nach Variante der Bevölkerungsvorausberechnung 60 oder 64 erreichen. Damit wird er 2050 doppelt so hoch ausfallen wie heute. Wird die Altersgrenze auf 67 Jahre verschoben, würde der Altenquotient 2050 je nach Variante 52 oder 56 erreichen. Wollte man den Altenquotienten von 32, wie er für das derzeit gültige Renteneintrittsalter von 65 Jahren besteht, konstant halten, müsste die Altersgrenze im Jahr 2050 bei 74 oder 75 Jahren liegen.

Die genannten Ergebnisse beziehen sich auf zwei Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung. Diese markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich – bei Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung – die Veränderungen vollziehen werden. Die beiden Varianten unterscheiden sich lediglich in der Annahme zum sogenannten Wanderungssaldo, das ist der Unterschied zwischen den Zuzügen nach und den Fortzügen aus Deutschland: Für die eine Variante beträgt er 100 000 und für die andere Variante 200 000 Personen pro Jahr. Die Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und zur Lebenserwartung sind für beide Varianten gleich: Annähernd konstante zusammengefasste Geburtenziffer von durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau sowie Zunahme der Lebenserwartung bei Geburt um etwa sieben Jahre auf 83,5 Jahre für Jungen und auf 88,0 Jahre für Mädchen im Jahr 2050.

Die langfristigen Bevölkerungsvorausberechnungen haben Modellcharakter. Sie sind keine Prognosen, sondern gehen vom gegenwärtigen Altersaufbau aus und setzen die oben beschriebenen Annahmen um.

Weitere Informationen zu den Annahmen und zu den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung enthält die Pressebroschüre „Bevölkerung Deutschlands bis 2050“. Weitere ausführliche Informationen zu den insgesamt zwölf Varianten der Vorausberechnung sowie ausführliche Ergebnisse im Excel-Format können kostenlos bezogen werden unter: www.destatis.de, Pfad: Presse/Presseveranstaltungen oder www.destatis.de/shop, Suchwort: „Bevölkerung2050“. Unter www.destatis.de/bevoelkerung2050 ist auch eine animierte Bevölkerungspyramide abrufbar.

Fachtagung „Amtliche Hochschulstatistik und Hochschulrankings“ und Fachausschuss „Hochschulstatistik“

Der Ausschuss für die Hochschulstatistik veranstaltete am 9. und 10. November 2006 eine Fachtagung zum Thema „Amtliche Hochschulstatistik und Hochschulrankings“, zu der auch externe Gäste und Referentinnen und Referenten eingeladen waren und die von Prof. Dr. Peter Schulte, dem Rektor der Fachhochschule Gelsenkirchen, moderiert wurde.

Prof. Dr. Stefan Hornbostel (Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung – IFQ) bot im Eröffnungsvortrag zunächst einen Überblick zum „state of the art“ in Theorie und Praxis von Hochschulrankings auf nationaler und internationaler Ebene. Im weiteren Verlauf der Tagung stellten Vertreter der bekanntesten deutschen Hochschulrankings Methodik und Resultate ihrer Studien dar und gingen auf die Rolle amtlicher Statistiken in den Rankings ein. Referenten waren Gero Federkeil vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Marc Langner vom Nachrichtenmagazin FOCUS, Dr. Jürgen Güdler von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Dr. Rainer Lange vom Wissenschaftsrat sowie Gerhard Kempkes und Carsten Pohl vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Rankings zum Thema Gleichstellung, die von Dr. Ursula Köhler (Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V.) und Dr. Andrea Löther (Center of Excellence Women and Science) vorgestellt wurden.

Die Vertreter des Statistischen Bundesamtes machten in ihren Vorträgen deutlich, welche Nutzungs-

möglichkeiten amtliche Daten für Bildungspolitiker und Hochschulplaner bieten: Heinz-Werner Hetmeier (Leiter der Gruppe VI B „Bildung, Forschung und Entwicklung, Rechtspflege“) untersuchte „Eliteuniversitäten im Spiegel hochschulstatistischer Kennzahlen“, Martin Beck (Leiter des Referates „Hochschulstatistik“) stellte Methodik und Ergebnisse der Berechnung von „Erfolgsquoten deutscher Hochschulen“ vor.

An der abschließenden Paneldiskussion zur Bewertung der Tagungsergebnisse nahmen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Hochschulpolitik, darunter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Dr. Evelyn Obele), des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Helmut Fangmann), der Hochschulrektorenkonferenz (Brigitte Göbbels-Dreyling), sowie der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder teil. Das Statistische Bundesamt wurde durch Dr. Sabine Bechtold (Leiterin der Abteilung Wahlen, Bevölkerung, Bildung, Staat) und die Statistischen Landesämter durch Dr. Peter Bauer (Präsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung) vertreten. Die Tagungsbeiträge werden in einem Tagungsband in der Reihe „Statistik und Wissenschaft“ veröffentlicht.

Im Anschluss an die Fachtagung fand die 64. Sitzung des Ausschusses „Hochschulstatistik“ statt. Da Herr Dr. Behnel (Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft Saarland) aus gesundheitlichen Gründen vom Amt des Vorsitzenden zurückgetreten war, stand die Wahl eines neuen Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Herr Dr. Efinger (Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz) wurde einstimmig für den Rest der Wahlperiode bis zum 31.12.2007 zum neuen Vorsitzenden des Hochschulstatistikausschusses gewählt. Weitere Themen, die im Rahmen der Sitzung behandelt wurden, waren der Sachstandsbericht des Statistischen Bundesamtes zum Thema Studienverlaufsanalysen und die Weiterentwicklung des Systems der hochschulstatistischen Kennzahlen.

Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung vorgestellt

Zum zweiten Mal hat die Bundesregierung am 15. November 2006 einen umfassenden Bericht über die Sicherheitslage in Deutschland, den so genannten „Periodischen Sicherheitsbericht (PSB)“, herausgegeben. Der Bericht, der unter maßgeblicher Beteiligung namhafter Wissenschaftler auf diesem Gebiet verfasst wurde, gibt ein umfassendes Bild der Kriminalitätslage und -entwicklung in Deutschland. Während im ersten Periodischen Sicherheitsbericht, der im Juli 2001 veröffentlicht wurde, das Thema Kinder- und Jugendkriminalität im Vordergrund stand, geht der jetzt vorgelegte Bericht insbesondere auf die Kriminalität im öffentlichen Raum sowie erstmalig auf die Frage der Sicherheitswahrnehmung der Bürger ein. In dem Bericht wurden Erkenntnisse aus den vorhandenen amtlichen Datensammlungen, insbesondere der Polizeilichen Kriminalstatistik (Stand 2005) und den Strafrechtspflegestatistiken, zusammengefasst und mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen zu Erscheinungsformen und Ursachen von Kriminalität verknüpft.

Der 700 Seiten umfassende Bericht beleuchtet ausgewählte Kriminalitätsbereiche wie

- die politisch motivierte Kriminalität und den Terrorismus,
- die Gewaltkriminalität,
- Eigentums- und Vermögensdelikte,
- Straßenverkehrsdelikte sowie
- Wirtschafts-, Umwelt- und Korruptionsdelikte.

Einzelne Kapitel sind ausgewählten Gruppen gewidmet, so etwa „Kinder und Jugendliche als Täter und Opfer“ oder „Professionelle Tätergruppen und Organisierte Kriminalität“. Besonders beleuchtet wird die Sicherheit auf öffentlichen Straßen und Plätzen.

Zeitlich konzentriert sich die Untersuchung auf die Kriminalitätsentwicklung seit 1999.

Neben einer Bestandsaufnahme enthält der Zweite Periodische Sicherheitsbericht vor allem für jene Deliktsbereiche, in denen eine Zunahme der registrierten Kriminalität zu verzeichnen ist, auch konkrete Handlungsempfehlungen, deren Umsetzung zum Teil bereits begonnen hat.

Insgesamt ist als ein positives Ergebnis des Berichtes hervorzuheben, dass die Bundesrepublik Deutschland – insbesondere im europäischen Vergleich – zu den sichersten Ländern gehört.

Der Zweite Periodische Sicherheitsbericht kann auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern (www.bmi.bund.de) in Kurz- und Langfassung oder auch kapitelweise heruntergeladen werden.

Auslandsberichterstattung

Neue Länderprofile erschienen

Die **Russische Föderation** ist flächenmäßig das größte Land der Erde. Sie besitzt den ausgedehntesten Waldbestand sowie immense Vorräte an Bodenschätzen. Bei den Rohstoffen Erdöl, Uran und Platin gehört sie weltweit zu den drei größten Förderländern, bei Erdgas, Nickel und Diamanten liegt sie an erster Stelle. Betrachtet man die Warenexporte, so dominiert die Russische Föderation den Weltmarkt u. a. bei Erdgas, Erdölprodukten, Aluminium und Nickel. Der Boom der russischen Wirtschaft sowie das Wiedererstarken der Industrie haben dazu geführt, dass das Land mittlerweile auch beim Verbrauch von Primärenergie und beim Ausstoß von Kohlendioxid weltweit an dritter Stelle liegt.

Die Islamische Republik **Iran** verfügt über 67,5 Millionen Einwohner und über eine Fläche, die mehr als viermal so groß wie Deutschland ist. In ihrer demographischen Entwicklung folgt sie dem Trend der westlichen Industrieländer mit sinkenden Geburtenzahlen und Haushaltsgrößen und einem zugleich ansteigenden Durchschnittsalter, wenngleich noch in deutlich schwächerer Ausprägung. Die iranische Wirtschaft wird vom Erdöl- und Erdgassektor dominiert, der ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet und für über 83 % der Exporte zuständig ist. Mit Abstand wichtigster Einfuhr-Handelspartner ist Deutschland, das 2005 13,8 % der iranischen Einfuhren lieferte.

In Asien gehört **Indien** neben China mittlerweile zur zweiten großen aufstrebenden Wirtschaftsmacht. Sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich seit 1994 fast verdoppelt und die BIP-Wachstumsraten der

letzten drei Jahre lagen zwischen 7,5 % und 8,5 %. Das durchschnittliche Einkommensniveau in Indien ist jedoch relativ niedrig: Das BIP pro Kopf liegt bei 720 US-Dollar, wobei es starke Gegensätze zwischen einer großen, relativ armen ländlichen Bevölkerung und einer modernen, einkommensstarken Mittelschicht gibt.

Die Überalterung der Gesellschaft ist im Gegensatz zu vielen entwickelten Ländern in Indien kein Thema. Ein Drittel der Bevölkerung von 1,1 Milliarden Menschen ist unter 15 Jahren und der Bevölkerungszuwachs ist nach wie vor hoch. So wuchs die Bevölkerung Indiens in den Jahren 2000 bis 2005 um über 82 Millionen Menschen, das entspricht der Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung.

Das neue Länderprofil **USA 2006** liefert – statistisch gesehen – ein facettenreiches Bild über die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft und vermittelt in einem Ranking ausgewählter Strukturindikatoren eine Sicht auf die Stellung des Landes in der Welt. Als weltweit größte Volkswirtschaft und größter Warenimporteur liegen die USA auch auf anderen Gebieten an der Spitze, u. a. bei der Zahl der Internet-Nutzer, bei der Energieerzeugung sowie beim Primärenergieverbrauch und beim Ausstoß von Kohlendioxidemissionen.

Weitere Informationen zu diesen Ländern enthalten die neuen Länderprofile, die kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zur Verfügung stehen.

Gesundheit

Workshop „Datengrundlagen für die Gesundheitsforschung in Deutschland“

Am 12. und 13. Oktober 2006 trafen sich in Berlin über 100 Wissenschaftler, Forscher und Statistiker aus dem Gesundheitswesen, um an dem erstmals angebotenen Workshop teilzunehmen. Er wurde vom Statistischen Bundesamt, dem Robert Koch-Institut und den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsam veranstaltet. Das große Interesse an dem Workshop hat nicht nur die Veranstalter überrascht, sondern auch

die herausragende Bedeutung der Gesundheitsdaten für Untersuchungen und Forschungsaktivitäten im weiten Feld gesundheitsrelevanter Themen unterstrichen.

Durch neue Datenquellen konnte das gesundheitsbezogene Datenspektrum in letzter Zeit sukzessive um wesentliche Aspekte ergänzt und vorhandene Lücken in der Datenlandschaft geschlossen werden. Hier sind vor allem die Rechensysteme zu den Gesundheitsausgaben, Krankheitskosten und zum Gesundheitspersonal sowie die Diagnosestatistik der Patienten und Patientinnen aus Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen des Statistischen Bundesamtes, der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey des Robert Koch-Instituts sowie das Scientific-Use-File zur Krankenhausdiagnosestatistik zu nennen.

Auch die Gesundheitsberichterstattung des Bundes als gemeinsame Aufgabe des Robert Koch-Instituts und des Statistischen Bundesamtes hat in den letzten Jahren erheblich zur Verbesserung der Datenlage im Gesundheitswesen beigetragen. Die systematische Zusammenführung von gesundheitsbezogenen Einzelinformationen, ihre Verdichtung zu aussagekräftigen Kennziffern und ihre Online-Präsentation unter www.gbe-bund.de machen eine wesentlich intensivere Nutzung und inhaltliche Ausschöpfung von bereits vorhandenen Daten möglich.

Im engen Dialog mit den Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmern wurden das Analysepotenzial der vorhandenen Gesundheitsdaten diskutiert, Anhaltspunkte für künftige Weiterentwicklungen gewonnen und ergänzende Wege der empirischen Gesundheitsforschung aufgezeigt. Diskussionsschwerpunkte waren Analysen zu Gesundheit und Alter, Gesundheit und Armut sowie regionalspezifische Arbeiten der Gesundheitsforschung. Dafür konnten Referentinnen und Referenten aus Deutschland, der Schweiz, Luxemburg und den Niederlanden gewonnen werden. Die gelungene Themenauswahl und die Präsentationsqualitäten der Referenten und Referentinnen gestalteten den Workshop sehr kurzweilig und hielten den Spannungsbogen bis zuletzt aufrecht.

Die Ergebnisse des Workshops werden in einem Tagungsband veröffentlicht. Aufgrund der positiven Resonanz ist geplant, den Workshop mit wechselnden gesundheitsbezogenen Themenstellungen alle zwei Jahre durchzuführen.

Personalnachrichten

Statistischer Beirat

Dr.rer.oec. Reinhard Rohde vertritt als Nachfolger von Dr.rer.pol. Günter Dach die Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. im Statistischen Beirat als ständiges Gastmitglied.

Statistisches Bundesamt

Walter Radermacher, Vizepräsident, wurde zum Präsidenten des Statistischen Bundesamtes ernannt.

Abteilungspräsident Dieter Sarreither, Leiter der Abteilung II „Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden“ und IT-Direktor, wurde zum Direktor beim Statistischen Bundesamt ernannt.

Leitender Regierungsdirektorin Angela Schaff wurde die Leitung der Gruppe I A „Grundsatzfragen, Nationale und Internationale Koordinierung“ übertragen.

Regierungsdirektor Bernhard Veldhues wurde die Leitung der Gruppe IV D „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“ übertragen.

Oberregierungsrat Bernd Schmidt, Referatsleiter in der Gruppe I A „Grundsatzfragen, Nationale und Internationale Koordinierung“, wurde die Leitung des Arbeitsbereichs „Standardkosten-Modell“ in der Abteilung I übertragen.

Regierungsrätin Anja Gühnen, Referatsleiterin in der Gruppe Z C „Personal, Aus- und Fortbildung“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Oberregierungsrätin Christiane Rosenow, Referatsleiterin in der Gruppe V B „Außenhandel“ Bonn, wurde Referatsleiterin im Arbeitsbereich „Standardkosten-Modell“ in der Abteilung I.

Oberregierungsrätin Dr. Ute Hanefeld, Referatsleiterin in der Gruppe VI A „Volkszählung, Bevölkerungsentwicklung“, wurde in die Gruppe I B „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“ umgesetzt.

Diplom-Soziologe Dominik Asenf wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe III D „Erwerbstätigkeit“ beauftragt.

Regierungsrätin Ingeborg Vorndran, Referatsleiterin in der Gruppe V C „Verkehr“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Diplom-Geograph Michael Neutze, Experte in der Gruppe I C „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“ wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe VI A „Volkszählung, Bevölkerungsentwicklung“ beauftragt.

Regierungsrat Frank Schüller, mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe VI B „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“ betraut, wurde zum Referatsleiter ernannt.

Diplom-Agraringenieur Dr. Matthias Walther, Referatsleiter in der Gruppe VII A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, wurde zum Regierungsrat z.A. ernannt.

Regierungsrätin z.A. Simone Nischalke wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe VII C „Dienstleistungen, Kostenstruktur, Eisen und Stahl, Auslandsberichterstattung“ beauftragt.

Regierungsrätin z.A. Sarah Nasse wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe VII B „Umwelt“ beauftragt.

Diplom-Geograph Torsten Schelhase, Referatsleiter in der Gruppe VIII A „Gesundheit“, wurde zum Regierungsrat z.A. ernannt.

Diplom-Sozialwirtin Sabine Köhne-Finster wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe VIII C „Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie“ beauftragt.

Baden-Württemberg

Oberregierungsrat Jürgen Kotter wurde mit Wirkung vom 01.10.2006 die Funktion des Leiters des Referats 41 „Verarbeitendes Gewerbe“ übertragen und mit Wirkung vom 19.10.2006 zum Regierungsdirektor ernannt.

Oberregierungsrat Reiner Seitz wurde mit Wirkung vom 01.10.2006 die Funktion des Leiters des Referats 34 „Landwirtschaftliche Struktur- und Anbauverhältnisse, Wein-, Forst- und Fischereiwirtschaft“ übertragen.

Oberregierungsrat Dr. Bertold Fischer wurde mit Wirkung vom 31.10.2006 die Funktion des Leiters des Referats 31 „Wirtschaftswissenschaftliche Analy-

sen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ übertragen.

Regierungsdirektor Dr. Helmut Laun wurde mit Wirkung vom 01.01.2007 die Funktion eines Leiters des Referates 13 „Zentrale Anwenderbetreuung, DV-Produktion und Anwendungsentwicklung“ übertragen.

Regierungsdirektor Karl-Albert Heilmann wurde mit Wirkung vom 01.01.2007 die Funktion eines Leiters des Referates 14 „Systemtechnik und Datenmanagement“ übertragen.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
Tagungen im Zeitraum Oktober bis Dezember 2006		
5./6. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
10.- 12. Oktober 2006	Düsseldorf	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
17./18. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
18./19. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
24. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
24./25. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
25./26. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
26./27. Oktober 2006	Kiel	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
31. Oktober 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Handelsstatistik“
2. November 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“
7./8. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
8. November 2006	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
10. November 2006	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
14./15. November 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
15./16. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
20./21. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
21. November 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
28./29. November 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
13./14. Dezember 2006	Wiesbaden	Sonder-Amtsleiterkonferenz
14. Dezember 2006	Wiesbaden	Sonder-Referentenbesprechung „Beschäftigtenstatistik“

Tagungen im Zeitraum Januar bis Juni 2007

16./17. Januar 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
23./24. Januar 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
6.- 8. Februar 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
6./7. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
13./14. März 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
15. März 2007	Bonn	Fachausschuss „Dienstleistungsstatistik“
15./16. März 2007	Duisburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
20./21. März 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
21./22. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
27./28. März 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
27./28. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
27./28. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
28./29. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
19./20. April 2007	München	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
23.- 25. April 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
24./25. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
24./25. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
25./26. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensusvorbereitung“
April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“

8.- 10. Mai 2007	Bonn	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
14.- 16. Mai 2007	Berlin	Amtsleitertagung
Mitte Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
Mitte Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“
Mitte Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“
Mitte Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Beschäftigtenstatistik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
20. Juni 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Tourismusstatistik“
21./22. Juni 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
26. Juni 2007	Wiesbaden	Statistischer Beirat
Juni 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“
Juni 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“

Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
☒ Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
Telefax: +49 (0) 611 / 724000, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
☒ Postfach 170377, 53029 Bonn
Telefax: +49 (0) 1888 / 6448990, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

i-Punkt Berlin - Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: i-punkt@destatis.de
EDS Europäischer Datenservice - Internet: <http://www.eds.destatis.de>, E-Mail: eds@destatis.de
Haus- und Lieferadresse: Otto-Braun-Straße 70/72 (Eingang Karl-Marx-Allee), 10178 Berlin
☒ Postfach 11 01 02, 10831 Berlin, Telefon: +49 (0) 1888 / 6449427/28
Telefax: +49 (0) 1888 / 6449430

Telefonische Erreichbarkeit für alle Dienststellen:
+49 (0) 611 / 75-1 Bei Durchwahl: 75 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen
+49 (0) 1888 / 644-1 Bei Durchwahl: 644 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen

Präsident ^{a)} Walter Radermacher 2100 Fax: 753183
--

Vizepräsident N.N. 2200 Fax: 753183
--

Bundeswahlleiter: Präsident des Statistischen Bundesamtes Walter Radermacher Vertreterin: LRdn Dr. Sabine Bechtold	2317 2160
--	--------------

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Geschäftsführer: LRd Wolfgang Glöckler Vertreterin: ORRn Birgit Hein	2753 4288 Fax: 752538
---	-----------------------------

ORGANISATIONSPLAN

Stand: 23. Dezember 2006
Aktenzeichen: ZA/13010011-R1Plan

